

# Danziger Zeitung.

No 10630.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntags Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Reiterhazergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Posthaltern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 A. durch die Post bezogen 5 A. — Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 31. October. Nach dem gestrigen Ministerrath erscheint es als sicher, daß vor Zusammentritt der Kammern das Cabinet nicht modifiziert wird. Man hält Audiffrent-Pasquill eventuell für berufen, die Transactiopolitik vorzubereiten. Dem "Moniteur" zufolge wäre im gestrigen Ministerrath der erste Schritt zur Auflösung einer versöhnlicheren Politik geschehen.

Petersburg, 31. Octbr. Eine Depesche des "Golos" aus Kürkudara, 30. Octbr. meldet: In dem von den Russen besetzten Kaschmar wurde die russische Verwaltung eingeführt. Die Verhandlungen wegen der Übergabe von Kaschmar sind wieder abgebrochen worden. Die Stadt wird blockiert. Das Bombardement hat wieder begonnen.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Sondershausen, 30. October. Der Aufsichtsrath der Thüringischen Bank hat beschlossen, zum 15. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in welcher über die Liquidation der Bank Beschluss gefaßt werden soll.

Berl., 30. October. Heute Nachmittag hat hier unter dem Vorsitz des Kaisers ein gemeinsamer Ministerrath der beiderseitigen Ministerien stattgefunden, in welchem die Frage des Handelsvertrages mit Deutschland Gegenstand der Beratung war. — Der "Pester Lloyd" bezeichnet die gestrige Mitteilung der "Wiener Montagsrevue", nach welcher Österreich-Ungarn England vor dem Ausbruch des Krieges mit Preußen Deutschlands dem Fürsten Goritschakoff gegenüber erklärt hätte, daß die Einverleibung auch nur eines Quadratzolles des europäisch-türkischen Gebietes durch Russland für die beiden Mächte ein casus belli sein werde, als durchaus unbegründet.

Constantinopel, 30. October. Nach einer Meldung der hiesigen "Agence Havas" hätte Christlich gestern Serbischer Pasha eine Depesche der serbischen Regierung mitgetheilt, in welcher ausgeführt werde, daß die Haltung Serbiens die Klagen der Pforte keineswegs rechtfertige. Die militärischen Maßregeln Serbiens hätten nur den Zweck, die Grenze zu schützen. In der Note werde zugleich die Hoffnung auf Erhaltung der guten Beziehungen Serbiens zur Pforte Ausdruck gegeben. — Mehmed Ali Pasha ist gestern nach der Herzegowina abgereist. — Wie hiesige Blätter wissen wollen, hätte Scheffet Pasha nach der letzten Niederlage der Türken auf der Straße Orhanie-Plevna eine günstige Position auf dieser Straße befreit. Der Regierung ist indessen noch keine Bestätigung dieser Nachricht zugegangen. — Nach hier verbreiteten Nachrichten soll bei Plevna ein bedeutendes Gefecht stattgefunden haben, eine offizielle Meldung liegt nicht vor, ebenso soll auch bei Nasgrad gekämpft werden. — Gestern hat ein außerordentlicher Kriegsrath stattgefunden, in welchem über die letzten Nachrichten aus Plevna und Orhanie berathen wurde. Vom kleinasiatischen Kriegsschauplatze wird gemeldet, daß die russischen Truppen in Olti eingetroffen sind.

## Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 30. October.

Der Abg. Kessler (Roggenau), der dem Hause seit 1873 angehörte, ist am 28. d. M. plötzlich verstorben. Die Mitglieder erheben sich von ihren Plätzen, um sein Andenken zu ehren. — Eingegangen sind vom Finanzminister eine Nachweisung über die Verpflichtung der pacifistisch gewordenen Domänenvorwerke und ein Gesetz, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Staatsbauten (126 745 000 A.).

Interpellation des Abg. Meyer (Breslau): In § 17 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Concursordnung ist vorgeschrieben: "Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, bestimmungen zu treffen, nach welchen 1) den Inhabern der von Gemeinden oder anderen Verbänden, von Corporationen, Aktiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Alten oder Geissenschen ausgestellten Pfandbriefe oder ähnlichem auf Grund erworbener Forderungen von denselben ausgestellten Wertpapieren an solchen Forderungen ein Faustpfandrecht im Sinne des § 40 der Concursordnung dadurch gewährt werden kann, daß einem Vertreter sämmtlicher Inhaber allein oder in Gemeinschaft mit dem Aussteller die Ausübung des Gewahrsams der über die Forderungen lautenden Urkunden übertragen oder auf diesen Urkunden die Gewährung des Pfandrechts vermerkt wird; 2) den Inhabern von Schuldschriften, welche von den unter Nr. 1 bezeichneten Schuldnern über eine Anleihe ausgestellt sind, an gewissen beweglichen Körperlichen Sachen ein Faustpfandrecht im Sinne des § 40 der Concursordnung dadurch gewährt werden kann, daß einem Vertreter sämmtlicher Inhaber allein oder in Gemeinschaft mit einem Aussteller die Ausübung des Gewahrsams der Sachen übertragen wird; 3) den Inhabern von Schuldschriften, welche von den unter Nr. 1 bezeichneten Schuldnern über eine Anleihe ausgestellt sind, ein Vorrecht vor nicht bevorrechtigten Concursgläubigern, deren Forderungen später entstehen, dadurch gewährt werden kann, daß die zu bevorrechtigenden Forderungen in ein öffentliches Schuldbuch eingetragen werden." Der Reichstag hat durch eine Resolution den Reichskanzler ersucht, eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Gegenstandes im Auge zu behalten. Bei der großen Wichtigkeit einer Regelung der concursrechtlichen Realsicherheit grundsätzlicher Wertpapiere und bei dem hohen Betrage der dadurch berührten Vermögensinteressen erlaube ich mir an die königliche Staatsregierung die Anfrage zu richten: "In welchem Stadtrium befinden sich die Verhandlungen, die zum Zwecke haben, den oben wiedergegebenen legislatorischen Vorbehalt auf dem

Wege, sei es der Reichsgesetzgebung, sei es der Landesgesetzgebung, zur Erledigung zu bringen?" — Der Interpellant motiviert ausführlich seine Fragestellung. Die Sache ist von hoher Dringlichkeit, weil es dabei um höchst bedeutende Summen und das Wesen des öffentlichen Credits handelt. Eine Aenderung ist nothwendig; ein Zweifel könnte sich nur daran erstrecken, ob diese Aenderung im Wege der Reichs- oder der Landesgesetzgebung bewirkt werden soll.

Wünschenswerth wäre es freilich, wenn die Regelung durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt würde. Wenn dies nicht der Fall ist, so muß die preußische Staatsregierung mit der Regelung beginnen. —

Minister Friedenthal: Die Staatsregierung teilt vollkommen die Ansicht des Vorredners über die Wichtigkeit und Dringlichkeit der vorliegenden Angelegenheit. Daß die Materie im Wege der Reichsgesetzgebung geregelt werde, scheint materiell das einzige richtige zu sein, denn ein großer Theil der Hypothekarbanken beschränkt seine Tätigkeit nicht auf die einzelnen Staaten, sondern erstreckt sie auf die verschiedenen Einzelstaaten, ja auf das ganze Reich. Dazu kommt noch, daß diese Materie mit anderen zusammenfällt, welche nur Sache der Reichsgesetzgebung sein können. Deshalb hat die preußische Regierung die reichsgesetzliche Regelung in Vorschlag gebracht; die Regierungen sind darauf eingegangen und haben sich bemüht, das nothwendige Material herbeizuschaffen. Sollte wider Erwarten die Regelung durch das Reich auf allzu große Hindernisse stoßen oder sich in eine unabsehbare Zeit hinzuziehen, dann wird von dem Vorbehalt des § 17 Gebrauch zu machen und die landesgesetzliche Regelung bestimmt ins Auge zu fassen sein.

Es folgt die Beratung der Nachweisungen über die Resultate der Veranlagung zur Klassensteuer für das Jahr 1877/78. — Abg. Rittert beantragt ihre Verweisung an die Budgetcommission; in vorangegangenen Jahren wurde beschlossen, die Regierung möge bei der Instruction für die Veranlagung auf ähnliche Vereinfachung und Gleichmäßigkeit des Verfahrens Bedacht nehmen. Eine Antwort auf diese Anforderung sei noch nicht erfolgt und könne wohl am Besten in der Commission erhoben werden. — Abg. Wißelink:

Die Zahl der Censiten habe sich wieder um ca 10,000 Personen vermehrt, weniger in Folge einer schärferen Anziehung der Steuerschraube, als vielmehr dadurch, daß man dahinter gekommen sei unter den Besteuerten anzulegen. — Abg. v. Schorlemeyer-Alst beklagt, daß besonders die Landwirthe von den Wirkungen der Steuerschraube betroffen seien und daß die Regierung in Münster vorgeschrieben habe bei Ermittelung des Einkommens aus Grundbesitz den doppelten Betrag des Grundsteuererinnertrages anzusetzen. Hoffentlich werde der Finanzminister diese Ansicht der Regierung rectifizieren. —

Reg.-Comm. Geh.-Stab Dilleburger: Die getadelte Instruction ist geändert und auf eine Vereinfachung des Verfahrens den lokalen Verhältnissen entsprechende Rücksicht genommen. Die Änderungen haben verschiedene Erleichterungen zur Folge gehabt, besonders sind die Duplicate der Klassensteuerrollen beseitigt und die Controle der Zu- und Abgänge ist vereinfacht worden. Die neue Verfügung der Regierung zu Münster ist dem Ministerium noch nicht bekannt geworden. — Abg. v. Schorlemeyer-Alst bedauert, daß von Seiten der Regierung nicht wenigstens eine Mithilfe gegen den Grundszatz ausgeschritten ist, daß der doppelte Grundsteuererinnertrag der Einkommensteuer zu Grunde gelegt werden sollte; man werde sich merken, wie mit den Interessen der Landwirtschaft verfahren wird. — Die Nachweisungen werden an die Budgetcommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Feststellung eines Nachtrages zu im Staatshaushaltsetat für das Jahr 1877-78. Es handelt sich um nachträglich zu bewilligende 5 881 930 A. nämlich Mehrbetrag des Matricularbeitrages 4 581 930 A., Buchsatz zu den Kosten der Regulierung der Eibe 500 000 A., fernerne Rate zum Neubau eines Geschäftshauses des Stadtgerichts in Berlin für Unterforschungssachen und zum Neubau von Unterforschungsgefangnissen für dasselbe 600 000 A. und 4. Rate zur Regulierung der Umgebungen der Nationalgalerie in Berlin 200 000 A. Dieser gesamte Bedarf wird aus dem Überabschluß des Jahres 1876, der im Ganzen 22 179 780 A. betragen hat, gedeckt.

Abg. Rittert: Es wird sich empfehlen, die gegenwärtige Vorlage im Plenum zu erledigen. Das jetzt bestehende Arrangement, nach welchem zuerst die Particularlandtage und dann der Reichstag in ihre Verhandlungen eintreten, bringt es mit sich, daß das Definitivum in unseren Finanzverhältnissen immer erst durch den Nachtragesetzung hergestellt wird. Wahrscheinlich wird auch im nächsten Jahre wieder erst der Nachtragesetzung die Einnahmen mit der Höhe der Matricularbeiträge an das Reich in Einklang bringen. Es ergiebt sich hieraus für die partikularen Vertretungen die Verpflichtung, nach einer Umkehrung der jetzigen Reihenfolge der parlamentarischen Verhandlungen zu streben, worüber die Entscheidung ja allerdings bei den Reichsständen zu suchen ist. Sodann möchte ich an die Vorlage eine Anfrage an die Regierung rütteln. Die Überbewilligungen, welchen die Ufer der Weichsel und der Nogat vor Kurzem ausgesetzt gewesen sind, haben gezeigt, daß das Besitzthum der Einwohner gegen solche Schädigungen einen besonderen Schutz bedarf. Der Minister hat sich dieser Sache auch mit Interesse angeworfen und sich überzeugt, daß die Regierung schnell Hand anlegen müsse. Ich glaube nun, daß der Nachtragesetzung eine entsprechende Ausgabe enthalten würde, was aber nicht der Fall ist. In dem Etat für das nächste Jahr sind für diesen Zweck allerdings 20 000 A. angelegt; ich möchte mir nun die Frage erlauben, ob mit dieser Summe dem Bedürfnis für die nächsten 1½ Jahre genüge geschehen sein soll, oder was die königliche Staatsregierung in der Angelegenheit überhaupt zu thun beabsichtigt.

Minister Friedenthal: Die Staatsregierung hat die Arbeiten für die dringendsten Bedürfnisse an der Nogat angeordnet und diese Arbeiten befinden sich derzeit ausgeschöpft und energetischer Fortführung, so daß beim Eintritt der gesetzlichen Zeit die nötigen Zwischenarbeiten vollendet sein werden. Ich werde darüber auch dem Hause eine spezialisierte Darstellung zugehen lassen. Dies ist jedoch eine Sache von so großer Wichtigkeit,

sowohl in finanzieller Hinsicht, wie für die daran Beteiligten, daß für die Behandlung derselben ein weiterer Zeitraum gewährt werden muss. Vor Allem würde es sehr verfehlt sein, die Interessenten zu einer solchen Melioration zwingen zu wollen, weil dann für eine zweckmäßige Ausführung des Unternehmens jede Gewissheit fehlt. Es liegen zwei Projekte vor, von denen das eine mit 22 Millionen, das andere mit 28 Millionen abschließt. So großartige Arbeiten verlangen natürlich vorher gründliche Untersuchungen. Daher hat die Staatsregierung sich entschlossen, bei Ihnen zunächst die Bevollmächtigung der Mittel zu den erforderlichen technischen Untersuchungen nachzusuchen, für welche voransichtlich bis zu 30 000 M. in dem neuen Etat genügen werden.

Ich glaube jedoch, daß ich nötigen Falles für diesen Zweck noch weitere Mittel aus den sonst für mich gebräuchten Fonds verwenden können.

Abg. Eberth lehnt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die ungeheure Kostenspieligkeit der Bauten für Justizzwecke, für die der Bau in Berlin als Muster aufgestellt soll und im Ganzen 4 567 000 A. ausgeworfen sind, abgeleitet von den Summen, die das Anleihegesetz dafür in Anspruch nimmt. Die Kosten der projectirten Durchführung der Einzelhaft in ganz Preußen sind überschwindlich; sie werden sich im Laufe der Zeit auf 40 bis 60 Mill. A. belaufen. Die bei dem Gefängniswesen vorwaltende Tendenz der Staatsregierung birgt die größten Gefahren für die Finanzen des Staates in sich und gewährt wenig Hoffnung, die Gefangenen zu bessern und ihren Nebelbauten zu steuern, worauf die Verbrechen aller guten Menschen gerichtet sein müssen.

Abg. v. Wendt bemerkt, daß bezüglich der

Reihenfolge der parlamentarischen Verhandlungen eine wesentliche Schwierigkeit darin liege, daß sich für die gegenwärtige Ordnung nicht allein die Reichsregierung, sondern auch im Reichstage eine große Anzahl von Abgeordneten erklärt habe. Im preußischen Landtag allerorts werde es wohl nur sehr wenige geben, welche nicht die entgegengesetzte Forderung unterstützen würden.

Minister Camphausen: Es liegt auf der Hand, daß es für die Particularstaaten angenehmer wäre, wenn vor ihnen der Reichstag über seine Finanzangelegenheiten verhandelt. Auf der andern Seite hat jedoch die größere Zahl der verbliebenen Regierungen die andere Ansicht befürwortet und auch im Reichstage hat die Majorität sich für diese Ansicht erklärt (Widerspruch); für das laufende Jahr kann nun eine Aenderung nicht mehr eintreten, und wir müssen uns also einstweilen in die Lage fügen. Ich habe mich schon am 20. November 1875 im Reichstage dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert wäre, wenn der Reichstag mindestens das Maximum der Matricularbeiträge feststelle, und die Sorge für die weiter nötigen Einnahmen daraus selbst übernehme. Die vorhandenen Schwierigkeiten würden sich bedeutend vermindern, wenn das Reich überhaupt die Sorge für die Aufbringung seiner Einnahmen zu tragen hätte. Im Übrigen werden wir uns ja mit dieser außerordentlich wichtigen Frage auch im nächsten Reichstage sehr ausführlich zu beschäftigen haben. (Hört! Hört!)

Abg. Berger: Für die Beratung des Nachtragesetzes im Plenum möchte ich mich nicht erklären, und wir müssen uns also einstweilen in die Lage fügen. Ich habe mich schon am 20. November 1875 im Reichstage dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert wäre, wenn der Reichstag mindestens das Maximum der Matricularbeiträge feststelle, und die Sorge für die weiter nötigen Einnahmen daraus selbst übernehmen. Die vorhandenen Schwierigkeiten würden sich bedeutend vermindern, wenn das Reich überhaupt die Sorge für die Aufbringung seiner Einnahmen zu tragen hätte. Im Übrigen werden wir uns ja mit dieser außerordentlich wichtigen Frage auch im nächsten Reichstage sehr ausführlich zu beschäftigen haben. (Hört! Hört!)

Abg. Berger: Für die Beratung des Nachtragesetzes im Plenum möchte ich mich nicht erklären, und wir müssen uns also einstweilen in die Lage fügen. Ich habe mich schon am 20. November 1875 im Reichstage dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert wäre, wenn der Reichstag mindestens das Maximum der Matricularbeiträge feststelle, und die Sorge für die weiter nötigen Einnahmen daraus selbst übernehmen. Die vorhandenen Schwierigkeiten würden sich bedeutend vermindern, wenn das Reich überhaupt die Sorge für die Aufbringung seiner Einnahmen zu tragen hätte. Im Übrigen werden wir uns ja mit dieser außerordentlich wichtigen Frage auch im nächsten Reichstage sehr ausführlich zu beschäftigen haben. (Hört! Hört!)

Abg. Berger: Für die Beratung des Nachtragesetzes im Plenum möchte ich mich nicht erklären, und wir müssen uns also einstweilen in die Lage fügen. Ich habe mich schon am 20. November 1875 im Reichstage dahin ausgesprochen, daß es wünschenswert wäre, wenn der Reichstag mindestens das Maximum der Matricularbeiträge feststelle, und die Sorge für die weiter nötigen Einnahmen daraus selbst übernehmen. Die vorhandenen Schwierigkeiten würden sich bedeutend vermindern, wenn das Reich überhaupt die Sorge für die Aufbringung seiner Einnahmen zu tragen hätte. Im Übrigen werden wir uns ja mit dieser außerordentlich wichtigen Frage auch im nächsten Reichstage sehr ausführlich zu beschäftigen haben. (Hört! Hört!)

Abg. Rittert: Das meine Freunde nicht die Aussicht, daß die Regierung die Aufgabe der Volksvertretung wahrnehmen wird. Eine solche Erhöhung von 15 Mill. Mark ist aber bei den Matricularbeiträgen gar keine Unmöglichkeit, vielleicht hätten wir schon in diesem Jahre ähnliches erlebt, wenn nicht der Reichstag sich Mühe gegeben hätte, von allen Ecken und Enden Deckung herzustellen. Welche Abhilfe soll nun da gegen geboten werden? Der Finanzminister sieht darin eine Nötigung, eigene Einnahmen für das Reich zu begeben; ich möchte aber doch dagegen Verwahrung einlegen, daß man erst willentlich eine Verlegenheit schafft, und dadurch dann einen Zwang an die Volksvertretung ausübt. Wenn ich auch zugebe, daß die Volksvertretung mit der Bewilligung der Ausgaben eine eben so große Verantwortlichkeit für die Beschaffung der Einnahmen übernimmt, wie die Regierung selbst, die die Ausgaben vorschlägt, so muß ich es doch entscheiden zurückweisen, daß es Aufgabe der Volksvertretung wäre, Einnahmenquellen herzuführen. Es ist dies die ausschließliche Aufgabe der Regierung, an der sie ihre Finanzweisheit zu erproben hat. Sie muß notwendig die Mittel und Wege angeben, weil niemals ein gesunder Finanzplan mit Autorität aus der Mitte einer Volksvertretung hervorgehen kann. Die Regierung wird sich schon entschieden müssen, statt der Volksvertretung eine Anzahl von Steuern zum Ausuchen zu präsentieren, einen Finanzplan vorzulegen, der ohne die Gefahr einer in den Einzelstaaten nicht controllirbaren Mehrbelastung den Einzelstaaten abzuheben geeignet ist, welche der Dualismus zwischen dem Particular-Finanzsystem und dem Reichs-Finanzsystem herführt.

Minister Camphausen: Es ist mir niemals in den Sinn gekommen, daß man über Steuerfragen an die Landesvertretung sich zu wenden und von dieser zu begeben habe, sie möge selbst Vorschläge machen, welche Steuern wohl bei der Regierung bestehen. Ferner, wenn davon die Rede ist, daß es darauf ankomme, einen ganzen Plan zu haben, so kommt es dann freilich darauf an, zu welcher Zeit, unter welchen Bedingungen und mit welcher Aussicht auf Erfolg ein solcher Plan entworfen werden kann. Wenn man an die Steuerreform geht zu einer Zeit, wo für die Ausgaben des Landes reichliche Mittel gegeben sind, so reduziert sich die Steuerreform darauf, daß man die dringendsten Steuern erhält. Nach dieser Richtung hin haben wir rechtlich gewirkt. Will man zu einer gründlichen Umgestaltung des Steuerwesens gelangen, so wird das niemals gelingen in Zeiten, wo die Mittel reichlich liefern, sondern immer nur in Zeiten, wo die Mittel knapp zu werden. Im Übrigen erwarten Sie nicht, daß ich in diesem Augenblick auf einen Steuerplan eingehen sollte; diese Frage wird, da es nicht in unserer Absicht liegt, die direkten Steuern einer Erhöhung entgegenzuführen, notwendig vom Reichstage zu disputationen sein und dort werden wir also über die nächsten Zwecke und Ziele Auskunft geben müssen. Diese Verhandlungen im preußischen Landtag vorzutreiben würde nicht zulässig sein. Bezüglich der Reihenfolge der Sitzungen habe ich von Anfang an gewünscht den Reichstag vorzugehen zu lassen. Diesem Wunsche hat seiner Zeit nicht entsprochen werden können und ich fürchte, es wird ihm auch in Zukunft nicht entsprochen werden.

Der Nachtragesetzung wird nicht an die Budgetcommission verwiesen, sondern im Plenum durchberaten werden.

Erste Beratung des Staatshaushaltsetats für das Jahr 1878/79. — Zur Geschäftsordnung bear-

wäre vielmehr zu erwägen, ob überhaupt nicht die Finanzverwaltung in Hände zu legen sei, die im Stande sind, ein anderes Steuerystem zu schaffen und eine Mehrheit für ihre Finanzpläne zu erlangen. Entschieden muß ich der Behandlung des Finanzministers entgegenstehen, daß der Reichstag sich für die heutige Reihenfolge der Sessionen erklärt hat. Im Gegenteil bat er im Oktober 1874 gegen eine Minderheit von wenigen Stimmen begeistert, daß es am zweckmäßigsten sei, den Reichstag im Oktober einzuberufen. Dieser Beschluß ist später nicht geändert worden, auch nicht durch die Verlegung der Etatsperiode, wie alle Redner erklärt haben, welche für die Verlegung eintraten, besonders auch in sehr scharfer Weise der Abg. Lasker. Ich vermag für diese unzweckmäßige Reihenfolge der Sessionen keinen anderen Grund zu erkennen, als daß sie den persönlichen Bedürfnissen des Reichskanzlers in Berlin, dem Wunsche sein Urlaubsvorhabens bis in den Dezember auszudefinieren, mehr entspricht, als eine andre Reihenfolge, die an sich berechtigte Rücksichtnahme auf eine exceptionelle Verhältnislichkeit muss aber doch ihre Grenze haben, und da wir in dieser Frage gleichsam Sachverständige sind, so glaube ich, daß wir allerding die Aufgabe haben, unter voller Respectirung des kaiserlichen Einberufungsrechtes, der Krone unseres Reichs nicht vorzuhalten.

Abg. Lasker: Die Schwierigkeiten, die aus einem Vorangehen der Landtagsession vor der Reichstagssession sich ergeben, befranken sich nicht allein auf die Bezeichnung der Matricularbeiträge, sondern zeigen sich auch auf allen anderen Gebieten der Gesetzgebung. Die deutschen Justizgesetze müssen beispielweise von uns in dieser und der folgenden Session vorbereitet werden, damit sie eingeführt werden können; wir wissen aber in diesem Jahre noch gar nicht, welche Theile der nötigen Reihenfolge der Matricularbeiträge müssen beispielweise von uns in dieser und der folgenden Session vorbereitet werden, damit sie eingeführt werden können; wir wissen aber in diesem Jahre noch gar nicht, welche Theile der nötigen Reihenfolge der Matricularbeiträge müssen beispielweise von uns in dieser und der folgenden Session vorbereitet werden, damit sie eingeführt werden können; wir wissen aber in diesem Jahre noch gar nicht, welche Theile der nötigen Reihenfolge der Matricularbeiträge müssen beispielweise von uns in dieser und der folgenden Session vorbereitet werden, damit sie eingeführt werden können; wir wissen aber in diesem Jahre noch gar nicht, welche Theile der nötigen Reihenfolge der Matricularbeiträge müssen beispielweise von uns in dieser und der folgenden Session

tragt der Abg. Richter (Hagen) in Anbetracht, daß heute das Anleihegesetz von der Regierung eingebrochen sei und daß man genügt hätte bei der gesonderten ersten Beratung des Anleihegesetzes die erste Beratung des Staats im Wesentlichen zu überholen, dienen Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzulegen. — Der Finanzminister erklärt sich nicht gegen diesen Antrag; das Anleihegesetz sei für eine längere Reihe von Jahren berechnet, während die auf das Jahr 1878/79 entfallende Quote eine relative kleine sei. Das Anleihegesetz steht also mit dem nächstjährigen Etat nur in sehr losem Zusammenhang. — Abg. Richter ist mit dieser Auffassung nicht einverstanden, da das Anleihegesetz jedenfalls mit dem Finanzplan der Regierung in engem Zusammenhang stehe. Man müsse doch zunächst in den nächstjährigen Etat die Zinsen für die auf dieses Jahr entfallende Quote der Anleihe einsetzen und dadurch schon sei der Zusammenhang hergestellt. — Der Finanzminister kann darin keine Schwierigkeit sehen, da der Etat für 1878/79 die nötigen Summen bereit stellt, um die Zinsen für die erste Quote der Anleihe zu decken. — Die erste Beratung des Staats wird hierauf von der heutigen Tagesordnung abgezogen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs einer Wegeordnung und in Verbindung damit Beratung des Schreibens des Ministers für Handel z. vom 22. d. Mts., betreffend die Normativbestimmungen für den Ausbau von Chausseen nebst Anweisung zum Bau und zur Unterhaltung derselben.

Abg. Richter Hagen: Die Erklärungen des Minister Friedenthal in der letzten Woche lassen darüber keinen Zweifel, daß nach Ansicht der Regierung der Erlass einer Landgemeindeordnung oder die systematische Umgestaltung der geltenden Landgemeindeordnung in das System der Verwaltungsreform der Regierung nicht einbezogen ist. Aber ohne neue Landgemeindeordnung ist für die östlichen Provinzen eine gute Wegeordnung nicht möglich. Die Wegebaulast soll den Adjacenten abgenommen und den Landgemeinden übertragen werden. Gegen solche Belastung der Landgemeinden ohne vorherige entsprechende Organisation derselben müssen wir protestieren. In den jetzigen Landgemeinden haben die Nichtbesitzer kein Wahlrecht, wohl aber werden sie zu den Steuern herangezogen. Beispielsweise in Nowawes haben unter 1400 Steuerzahlern nur 330 ein Wahlrecht, in Kirdorf unter 6000 Steuerzahlern nur 397. (Hört!) Das Stimmrecht ist überdies ganz willkürlich vertheilt, je nach den Untersuchungen des betreffenden Landrats, der das Ortsstatut gemacht hat. Gemeinden von 10 000 Einwohnern entbehren der Gemeindewahl. In ihren großen Gemeindeversammlungen können schwierige Geschäfte in geordneter Weise nicht erledigt werden. Andere große Gemeinden haben wieder zu wenig Vertreter. Diese Wegeordnung will unter Umständen die Amtsbezirke auch als Wegeverbände gelten lassen. Aber auch die Amtsbezirke sind dazu nicht entsprechend organisiert. Der Amtsvorsteher geht nicht aus der Wahl der Gengesellen hervor. Der Amtsausschuß, in dem die Schützen geborene Mitglieder sind, ist keine geeignete Vertretung, beispielsweise besteht er in einem mir bekannten Amtsbezirk nur aus dem Obersöster als Amtsvorsteher und zwei Schulzen. Schon beim Competenzgesetz haben wir es abgelehnt, solchem Amtsausschüß das Recht zu ertheilen, Amtshand zu bewilligen. Dazu kommt die ganz willkürliche Bildung der Amtsbezirke. Um einer großen Landgemeinde von mehreren Tausend Einwohnern die eigene Polizei vorzuenthalten, hat man einen kleinen Gutsbezirk hinzugefügt, so einen Amtsbezirk konstruiert; und entweder den Gutsbesitzer zum Amtsvorsteher gemacht oder einen beliebigen Subalternbeamten commissarisch ernannt. (Hört, hört!) Noch mehr, man drückt dort auf die Gemeinde, daß dieselbe auf das Wahlrecht für den Ortsvorsteher verzichtet. Dann wird der Amtsvorsteher zugleich ernannter Ortsvorsteher und es entsteht eine subalterne Regierung, welche eine Ironie auf die Kreisordnung ist. (Sehr wahr! lins!) Statt die kommunale Bedeutung der Landgemeinden zu heben, hat man in Form der Amtsbezirke vielfach ein Hobelsteuerhälftnis der Gutsbesitzer geschaffen, das schlimmer ist, als die frühere außerschließliche Polizei. Unter 6000 Amtsbezirken sind nur 104, in denen nur eine Landgemeinde den Amtsbezirk bildet und der Ortsvorsteher also die Polizei hat. Dazu kommen innerhalb derselben die widerstreitenden Interessen von Landgemeinden und Gutsbezirken gerade in Wegeangelegenheiten. Der Gutsbezirk liegt mitten im Dorf. Der Gutsbesitzer führt über die Dorfwege, trägt aber zur Unterhaltung nichts bei. Im Hirschberger Kreise hat seiner Zeit hr. v. Grävenitz solche ungerechten Verhältnisse systematisch geschaffen. Warmbrunn ist eine große Landgemeinde von städtischem Charakter. Weil aber einige gräßliche Häuser mitten im Orte liegen, die für sich einen Gutsbezirk bilden, konstruiert man einen Amtsbezirk und setzt dem Ort einen Amtsvorsteher. Derartig organisierte Amtsbezirke können wir die Regelung der öffentlichen Wege nicht anvertrauen. Wo der Amtsbezirk sich zum Wegeverband nicht eignet, will der Entwurf wieder besondere Verbände mit besonderen Behörden schaffen. Wo sollen denn schließlich auf dem Lande für solche Häufungen von Organen noch die Menschen bekommen? Die Verfassung dieser Verbände soll ein Statut bestimmen, das Landrat und Kreis-Ausschuß machen. Die gegenwärtige Kreisordnung aber gibt den Landgemeinden und den gewerblichen Interessen, wo die Entwicklung auf dem platten Lande schon vorgeschritten ist, nicht die entsprechende Vertretung. Nebenrum kann man solche Verfassungsfragen nicht dem Belieben lokaler Organe überlassen. Übereinstimmend sind meine politischen Freunde daher der Ansicht, daß ohne vorherige Landgemeindeordnung die Wegeordnung unmöglich ist. Sollen wir nun in die Wegeordnung ein Stück Landgemeindeordnung etwa einslügen? Das ist technisch nicht ausführbar, würde auf dem Lande die geltende Gesetzgebung noch unverständlicher machen. (Sehr richtig) Was ist die Wegeordnung übrigens anders, als ein Stück Communalsteuergesetz? Wie können wir die Steuerlast der Adjacenten aufheben, ohne genau zu bestimmen, auf wen die Last in den Landgemeinden übertragen werden soll? Sollen etwa die Kosten des Weges, der den Grundbesitz melioriert und den Wertewert der Gebäude steigert, durch Klässentreuerzuschläge bestreiten werden? Das wäre noch ungerechter, als die jetzige Belastung der Adjacenten. Wie steht es denn mit dem Communalsteuergesetz? Vor einigen Tagen verkündigte das literarische Bureau des Staatsministeriums, auf ein Rundschreiben des Communalsteuergesetzes in dieser Session werde nicht gerechtfertigt; es soll bloß vorgelegt werden, um Gelegenheit zu geben, über den Gegenstand allgemeine Betrachtungen anzustellen. Gleichwohl sollen wir ein Stück Communalsteuergesetz hier in der Wegeordnung machen. Gewiß sind vielfach Unstädte vorhanden, die eine neue Wegeordnung notwendig machen; aber ohne vorherige Landgemeindeordnung und Communalsteuergesetz würden wir neue, zum Theil schwierige Unstädte schaffen. Wir wollen nicht den Glauben erwecken, als ob überhaupt ohne eine neue Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen die organische Gesetzgebung in Preußen Fortschritte mache. Ohne neue Landgemeindeordnung ist keine gerechte Wegeordnung möglich; ohne neue Landgemeindeordnung wird auch niemals ein vernünftiges Unterrichtsgesetz zu Stande kommen. Mag immerhin das Haus die Wegeordnung an eine Commission verweisen, ich fürchte, wir verwenden damit nur Zeit und Arbeitskraft auf einen Gegenstand, ohne wirkliche Aussicht, daran Früchte für das Land zu gewinnen. (Beifall lins.)

Minister Achenbach: Die erste Commission, welcher die Wegeordnung zur Vorberatung überwiesen war,

hat es abgelehnt in die Beratung des Entwurfs einzutreten, weil eine neue Landgemeindeordnung die notwendige Vorbedingung für die Einführung einer Wegeordnung sei; und dieses kann ich wohl auch als den damaligen stillschweigenden Besluß des Hauses ansehen. Trotz des Vorhandenseins eines solchen Beschlusses wurde im Jahre 1873 die Regierung aus der Mitte des Hauses erlaubt, eine Wegeordnung vorzulegen, obwohl damals noch keine Communalordnung beschlossen, sondern nur die Kreisordnung in Kraft war. Während zweier Sessonen hat nun die Wegeordnung der eingebundenen Beratung Ihrer Commission unterlegen und in den Berichten derselben findet sich nirgends der Einwand, daß man die Wegeordnung nicht einführen könnte, weil eine Landgemeindeordnung fehle; im Gegenteil hielt man den Zeitpunkt nach Einführung der Kreisordnung für den geeignetesten zur Einführung der Wegeordnung. Heute steht nun der Abg. Richter nicht nur die Landgemeindeordnung als eine Vorbedingung für den Erlass der Wegeordnung hin, sondern auch ein Communalsteuergesetz. Ich würde es sehr bedauern, wenn sich das Haus oder auch nur die politischen Freunde des Abg. Richter dieser Meinung anschließen würden. Im Übrigen waren auch die Ausführungen des Abg. Richter nicht überall zutreffend. Es ist unrichtig, daß die Wegeordnung die bestehenden Wegeverbände auflöse und die gesamte Wegelast auf die Gemeinde lege. Ich muß auch betonen, daß die neuen Verbände, welche die Wegeordnung bilden will, hauptsächlich auf der freiwilligen Vereinigung der Interessenten beruhen und daß die Wegeordnung nur ausnahmsweise die Bildung von Zwangvereinigungen ordnet. Wenn die schweren Auflagen, welchen der Vorredner heute gegen die von Ihnen geschaffenen Institutionen und deren Handhabung erhoben hat, wahr wären, dann wären die betreffenden Gelehrte nicht die Dinte werth, womit sie geschrieben worden sind. Dr. Vorredner hat doch sonst diesen Institutionen immer Beifall gezollt, warum gerade heute diese vernichtende Kritik derselben? (Auf: Ausführung!) Wenn die Ausführung in derartig tendenziöser Weise geschehen kann, daß sie gerade das Gegenmittel bewirken kann von dem, was das Gesetz nach Ansicht des Gesetzebers bezeichnen soll, dann taugt auch das Gesetz selbst nichts. Ich höre auch diese Vorwürfe vom Vorredner heute zum ersten Male; es ist dies nur eine geschickte Art und Weise, die Vorlage zu befähigen und der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Das Land wird aber diejenigen verwerfen, welche bei seinen so wichtigen Interessen einen rein negativen Standpunkt einnehmen. Ich bitte Sie zum Zustandekommen dieser wichtigen Vorlage in dieser Session nach Kräften mitzuwirken und sich dadurch den Dank des Landes zu verdienen.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich halte eine Wegeordnung für dringend notwendig, denn jetzt weiß der Kreis nicht, wo er selbst eintreten soll und die Provinz weiß nicht, wo sie ihre durch Dotationsgewährten Mittel für Kreis- und Communalzwecke anwenden soll. Ich lengne nicht, daß unsere jetzige Landgemeindeordnung reformbedürftig ist, aber sie ist doch nicht so schlecht, daß uns lediglich ihrerwegen die Wegeordnung vorenthalten werden müßte. In den meisten Landgemeinden ist die Aufbringung der kommunalen Steuern gut geregelt. Unsere jetzige Landgemeindeordnung gibt ja in ihrem § 8 gerade durch das Recht der Errichtung eines Ortsstaats das Mittel auf dem Wege der freiesten Selbstverwaltung allen etwaigen Mißständen in dieser Beziehung gründlich abzuhelfen. Wo das nicht geschehen ist, da ist es die eigene Schuld der Interessenten. Auch ohne eine neue Landgemeindeordnung ist die Wegeordnung nötig, um unerträgliche Zustände in den östlichen Provinzen zu beseitigen. Die Urgemeinde mit ihrer Naturalkraft, wenn sie geeignete Unterstüzung von Kreise erhält, ist besser geeignet, die ihr zufallenden Aufgaben im Gebiete der Wegebaulast zu lösen, als größere Verbände dies zu thun im Stande sind. Ob aber der Entwurf in den Rahmen unserer Verwaltungsgesetze hineinpäßt, dagegen hege ich schwere Bedenken. Der Minister Friedenthal hat zwar versprochen, daß die Verwaltungs-Reform in dem bisherigen Sinn und auf den bisherigen Grundlagen fortgeführt werden wird. Ist dies aber bisher geschehen? Nein! Ich habe zwar, um die Geschlossenheit der conservativen Partei nicht zu stören, für die Kreisordnung gestimmt, möchte mir aber dafür auch nicht die in den schweren damaligen Kämpfen des Hauses errungenen Grundlagen jener Gesetze nehmen lassen. Diese Grundzüge hat der damalige Abg. Friedenthal treffend in drei Punkten fixirt: 1) Ehrenamtliche Selbstverwaltung in Kreis, Gemeinde und Amt; 2) den Kreis-Hauptinstanz der obrigkeitslichen Particularverwaltung; 3) Schutz des öffentlichen Rechtes durch Verwaltungs-Justiz-Behörden. Den letzten der drei Grundzüge haben Sie durchbrochen. Sie haben neben das Bezirksverwaltungsgericht den Bezirk, in das Gesetz hineingebracht und kein Mensch weiß nun, bei welcher von beiden Behörden er seine Sache führen muß. Die Grenzen der Kompetenz laufen so ineinander, daß oft die betreffenden Behörden selbst nicht genau entscheiden können, zu wessen Kompetenz die Sache gehört. Diese Misere kommt hier bei der Wegeordnung recht klar zum Ausdruck. In Folge dieses unheilvollen Irrthums haben Sie auch ein planloses Competenzgesetz geschaffen, das wegen seiner unüblichen Complicirtheit nie in Fleisch und Blut des Volkes übergehen wird. Sie haben in Folge desselben grundstättlichen Irrthums den Vorsitz im Bezirksrat getrennt von demjenigen im Bezirksverwaltungsgericht. Sie haben die Regierungspräsidenten degradirt zu bloßen Begutachtern der administrativen Zweckmäßigkeit und sich dadurch viele stile Gegner der neuen Organisation geschaffen. Haben Sie den zweiten Grundzug gewahrt, den Kreis als Hauptinstanz der obrigkeitslichen Particularverwaltung? Auch dieses nicht, und zwar dadurch, daß Sie die Städte von 10 000 Seelen aus dem Rahmen des Kreises herausnahmen. Deuten Sie, was das für Mißstände gerade bei Wegebauten herbeiführen wird, wenn der Kreis, nachdem er die Anlegung eines Weges beschlossen, mit einer mitten in seinem Rayon liegenden, ihm nicht unterstehenden Macht rechnen muß. Das Verwaltungsgericht wird jedesmal befinden müssen über die Verpflichtung der Stadt, zu dem beschlossenen Kreis-Sweg beizutragen. Heißt das den Kreis als Hauptinstanz constituiert? Auch des dritten Grundzugs der Verwaltungsgezege, die ebenamtliche Selbstverwaltung von Kreis, Gemeinde und Amt haben Sie zerstört. Sie haben den Landrat reaktivirt, den Sie fast stellen wollten. Sie haben gleichzeitig mit dem Verwaltungsstreitverfahren den Beschwerdebeweg gegeben und dadurch den Landrat als vollberechtigte Instanz neben den Kreisausschüß gesetzt. Sie haben der vorgefertigten Verwaltungsbehörde die Kompetenz zu geben, die Verfügungen der ihr untergeordneten Verwaltungsbehörden aufzuheben. Also weg mit dem Landrat als selbständige Instanz in Wegesachen und verweisen Sie ihn nur auf die Geltendmachung seines Einflusses als Vorsitzender des Kreisausschusses! Geben Sie uns eine Wegeordnung auf rein communaler Grundlage! (Beifall rechts.) (Schluß f.)

## Panzig, 31. Oktober.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses konnte der Etat für 1878/79 noch nicht zur Discussion gestellt werden, weil das Anleihegesetz (siehe unter Berlin) freilich soeben dem Hause den Mitgliedern derselben jedoch noch nicht zugegangen war. Man beschäftigte sich zunächst mit dem Nachtragsetat für

Gegenstände wurde vom Abg. Richter die Unzweckmäßigkeit der gegenwärtigen Anordnung in der Aufeinanderfolge der Landtags- und Reichstags-sessions zur Sprache gebracht. Bekanntlich bildet der Hauptbestandtheil des Nachtragsetats die infolge der späteren Feststellung des Reichshaushaltsetats notwendig gewordene Erhöhung des Matricularbeitrags. Dies würde vermieden worden sein, wenn der Landeshaushalt erst nach dem Reichshaushaltsetat festgestellt worden wäre. Die alte Forderung einer dem entsprechenden Abänderung in der Anordnung der parlamentarischen Saison wurde gestern wiederholts ausgesprochen, schwerlich aber mit mehr Aussicht auf Erfolg, als bisher. Finanzminister Camphausen deutete den Ausweg an, ein für allemal einen Maximalbetrag der Matricularbeiträge durch Reichsgesetz festzustellen, über welchen hinaus das Reich selbst das Fehlende zu beschaffen haben würde. Die Debatte streite im Zusammenhange damit die große Frage der Steuerreform, selbstverständlich ohne ein positives Ergebnis. Der Nachtragsetat wird im Plenum weiter beraten werden.

In der Discussion über die Wegeordnung klang immer von Neuem das Hauptthema der großen Debatte der vorigen Woche, die Verwaltungsreform, durch. Zwei conservative Redner, die Abg. v. Rauchhaupt und von Meyer-Ernstwalde, machten sogar kein Hehl daran, daß sie die ihnen am Sonnabend durch Schluf der Debatte abgeschnittenen Reden nachholten. Einer schärfte Kritik wurde die Wegeordnungs-Vorlage von den Abg. Richter und Miguel unterzogen. Ersterer beurteilte sie hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte der angeblichen Wandlung der inneren Politik; letzterer legte mehr den Maßstab der praktischen Bedürfnisse an, führte aber auch seinerseits in sachfundiger Argumentation aus, wie die Landgemeindeordnung eigentlich eine Vorbedingung der Wegeordnung, unter allen Umständen aber dringend notwendig sei. Minister Achenbach wies den Vorwurf einer Wandlung in der inneren Politik zurück und stellte im Uebrigen in Bezug auf die Wegeordnung das größtmögliche Entgegenkommen in Aussicht.

Die übermäßige Empfindlichkeit der „Germania“ über das Ergebnis der zweitägigen Redeschlacht, die durch die Anträge Birchow's und Windthorst's herbeigeführt wurde, zeigt mehr als Alles übrige, daß die ultramontane Partei das Ziel, das sie mit dem Windthorstschen Antrage erreichen wollte, gänzlich verfehlt hat.

Ein Gesetzentwurf betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst hat bekanntlich den Landtag schon wiederholt beschäftigt. Der Punkt, an welchem er bisher immer scheiterte, war der von der Qualification zum Landratsamt handelnde § 10. In dem jetzt dem Herrenhause wieder zugegangenen Entwurf hat der selbe eine Fassung erhalten, welche, wie die Motive meinen, die geeignete Grundlage zu einer Verständigung zwischen den sich entgegenstehenden Ansichten bietet. Auch ohne eine neue Landgemeindeordnung gibt ja in ihrem § 8 gerade durch das Recht der Errichtung eines Ortsstaats das Mittel auf dem Wege der freiesten Selbstverwaltung allen etwaigen Mißständen in dieser Beziehung gründlich abzuhelfen. Wo das nicht geschehen ist, da ist es die eigene Schuld der Interessenten. Auch ohne eine neue Landgemeindeordnung ist die Wegeordnung nötig, um unerträgliche Zustände in den östlichen Provinzen zu beseitigen. Die Urgemeinde mit ihrer Naturalkraft, wenn sie geeignete Unterstüzung von Kreise erhält, ist besser geeignet, die ihr zufallenden Aufgaben im Gebiete der Wegebaulast zu lösen, als größere Verbände dies zu thun im Stande sind. Ob aber der Entwurf in den Rahmen unserer Verwaltungsgesetze hineinpäßt, dagegen hege ich schwere Bedenken. Der Minister Friedenthal hat zwar versprochen, daß die Verwaltungs-Reform in dem bisherigen Sinn und auf den bisherigen Grundlagen fortgeführt werden wird. Ist dies aber bisher geschehen? Nein! Ich habe zwar, um die Geschlossenheit der conservativen Partei nicht zu stören, für die Kreisordnung gestimmt, möchte mir aber dafür auch nicht die in den schweren damaligen Kämpfen des Hauses errungenen Grundlagen jener Gesetze nehmen lassen. Diese Grundzüge hat der damalige Abg. Friedenthal treffend in drei Punkten fixirt: 1) Ehrenamtliche Selbstverwaltung in Kreis, Gemeinde und Amt; 2) den Kreis-Hauptinstanz der obrigkeitslichen Particularverwaltung; 3) Schutz des öffentlichen Rechtes durch Verwaltungs-Justiz-Behörden. Den letzten der drei Grundzüge haben Sie durchbrochen. Sie haben neben das Bezirksverwaltungsgericht den Bezirk, in das Gesetz hineingebracht und kein Mensch weiß nun, bei welcher von beiden Behörden er seine Sache führen muß. Die Grenzen der Kompetenz laufen so ineinander, daß oft die betreffenden Behörden selbst nicht genau entscheiden können, zu wessen Kompetenz die Sache gehört. Diese Misere kommt hier bei der Wegeordnung recht klar zum Ausdruck. In Folge dieses unheilvollen Irrthums haben Sie auch ein planloses Competenzgesetz geschaffen, das wegen seiner unüblichen Complicirtheit nie in Fleisch und Blut des Volkes übergehen wird. Sie haben in Folge desselben grundstättlichen Irrthums den Vorsitz im Bezirksrat getrennt von demjenigen im Bezirksverwaltungsgericht. Sie haben die Regierungspräsidenten degradirt zu bloßen Begutachtern der administrativen Zweckmäßigkeit und sich dadurch viele stile Gegner der neuen Organisation geschaffen. Haben Sie den zweiten Grundzug gewahrt, den Kreis als Hauptinstanz der obrigkeitslichen Particularverwaltung? Auch dieses nicht, und zwar dadurch, daß Sie die Städte von 10 000 Seelen aus dem Rahmen des Kreises herausnahmen. Deuten Sie, was das für Mißstände gerade bei Wegebauten herbeiführen wird, wenn der Kreis, nachdem er die Anlegung eines Weges beschlossen, mit einer mitten in seinem Rayon liegenden, ihm nicht unterstehenden Macht rechnen muß. Das Verwaltungsgericht wird jedesmal befinden müssen über die Verpflichtung der Stadt, zu dem beschlossenen Kreis-Sweg beizutragen. Heißt das den Kreis als Hauptinstanz constituiert? Auch des dritten Grundzugs der Verwaltungsgezege, die ebenamtliche Selbstverwaltung von Kreis, Gemeinde und Amt haben Sie zerstört. Sie haben den Landrat reaktivirt, den Sie fast stellen wollten. Sie haben gleichzeitig mit dem Verwaltungsstreitverfahren den Beschwerdebeweg gegeben und dadurch den Landrat als vollberechtigte Instanz neben den Kreisausschüß gesetzt. Sie haben der vorgefertigten Verwaltungsbehörde die Kompetenz zu geben, die Verfügungen der ihr untergeordneten Verwaltungsbehörden aufzuheben. Also weg mit dem Landrat als selbständige Instanz in Wegesachen und verweisen Sie ihn nur auf die Geltendmachung seines Einflusses als Vorsitzender des Kreisausschusses! Geben Sie uns eine Wegeordnung auf rein communaler Grundlage! (Beifall rechts.) (Schluß f.)

Die freiconservative Fraktion beabsichtigt, nach der „Post“, bei der zweiten Lesung des Etats das Ansuchen an die Staatsregierung zu richten, beim Reich auf Vermehrung der indirekten Steuern hinzuwirken, um auf diesem Wege die Entlastung der Einzelstaaten, insbesondere in Betreff der Matricularbeiträge, zu bewirken. Die Freiconservativen sind bekanntlich die eifrigsten Freunde umfangreicher indirekter Steuern, theils weil sie dadurch den „großen Reformplan“ des Fürsten Bismarck zu fördern glauben, theils auch aus schützöllerischen Motiven.

In Folge eines Beschlusses vom 27. April 1876 hat der Reichstag dem Bundesratte den Entwurf einer Rechtsanwaltsordnung zugehen lassen. Wir erhielten heute einen Auszug daraus, der die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfs enthält, müssen denselben wegen Raumangst jedoch bis zu nächster Nummer zurücklassen.

Wenn beim Abbruch der Verhandlungen über

den deutsch-österreichischen Zoll- und Handelsvertrag von Berlin wie von Wien aus die Parole ausgegeben wurde, daß Auseinandersetzen in dieser Frage werde auf die gegenseitigen freundshaftlichen politischen Verhältnisse beider Länder ohne nachtheiligen Einfluß sein, so hat sich dies leider nicht bestätigt. Die Wiener Offiziösen Blätter trieben seit voriger Woche von verschiedenen Angriffen gegen Deutschland. Daß sie sagen, Für Bismarck habe die Verhandlungen nur zum Scheine führen lassen mit der Absicht, sie auf jeden Fall abzubrechen, wäre noch nicht gar zu schlimm. Wenn dies wirklich geschehen ist, so ist der Leiter unserer Politik wohl nur von wirtschaftlichen Motiven mit Bezug auf Deutschland geleitet worden. Die Wiener Offiziösen sagen aber, er habe die Verhandlungen nur zum Scheitern gebracht, um Österreich noch Verlegenheiten zu bereiten, und sie drücken die schlimmsten Angriffe auf Deutschland aus den deutschfeindlichsten Blättern ab. So bringt die „Pol. Correspondenz“ regelmäßig eine „Zeitungsschau“, in welche nur das aufgenommen wird, was der Regierung in den Kram paßt. Seit vorigem Jahre findet darin mit Vorliebe jede schützöllerische Neußerzung Aufnahme, auch wenn sie in dem kleinsten tschechischen oder slowenischen Winkelblatte steht. Die heute hier eingegangene Nummer bringt nun unter jener Rubrik Folgendes: „Der „Ezä“ beschäftigt sich mit der Haltung Deutschlands in der Frage der Handelsvertrags-Erneuerung und betont insbesondere die politische Seite derselben. Es sei zum Scheine sichtbar, daß derselbe preußische Einfluß, der das Entstehen des Dualismus begünstigte, gegenwärtig an dessen Untergraben arbeite. Sowie Deutschland nach 1866 zur Theilung der Monarchie und ihrer Schwächung beigetragen, so wolle es jetzt die Monarchie, die sie militärisch, politisch und finanziell sich gehoben habe, im Innern hemmen, den Organisationsprozeß verlangsamen.“

Dass das Krakauer ultramontane Blatt diese perfide Neußerzung thut, ist ganz gleichgültig; jeder weiß, was er von den gegen Preußen gerichteten Insinuationen polnischer Blätter zu halten hat, diese sind ja nicht darauf berechnet, Einfluß auf die Weltgeschichte auszuüben, sondern nur darauf, die polnischen Gemüter zu erfreuen. Dass aber ein Wiener offizielles Organ, welches zur Speisung der österreichischen Presse dient, solche Ausschätzungen verbreitet, ist ein übles Zeichen, auch wenn dies nur zu dem Zwecke dienen sollte, auf die Ungarn einzutreten, sie zu verdächtigen, daß sie, wenn sie bei den Ausschätzungsverhandlungen auf ihren freihändlerischen Forderungen bestehen sollten, nur „pour le roi de Prusse“ arbeiten.

Das obige Pariser Telegramm deutet an, daß in Frankreich der Herzog d'Audiffret-Pasquier vielleicht in nächster Zeit in den Vordergrund treten werde. Wir haben schon seit mehreren Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß der Herzog, jetzt Präsident des Senats, noch zu einer größeren Rolle berufen sein werde. Was ihm bisher den Weg zur Leitung eines Ministeriums versperrte, war seine alte Gegnerschaft gegen die Bonapartisten, die jedes Cabinet, in dem er eine größere Rolle spielen würde, mit aller Energie zu bekämpfen drohten. Mit einer untergeordneten Rolle wollte der

dringende Erfüllen gestellt sein, die Umführung der Bahn und Fertigstellung der Brücke auf's Neuerste zu beschleunigen; zur Beschaffung der Geldmittel soll der Invalidenfonds eine bedeutende Summe — man spricht von 12 Millionen Mark — vorschicken, so daß die Verwaltung weder zu neuen Prioritäts-Anleihen noch zur Greirung neuer Actien schreiten müßte.

Stettin, 30. October. Laut Telegramm des deutschen Consul Schumacher aus Newyork ist der durchgegangene Banbeamte Hering bei seiner Ankunft an Bord des Dampfers abgesetzt und sind bei ihm 61 000 M. vorgefunden. Auf die Anfrage, ob Hering nach Stettin zurückbefördert werden sollte, hat der Concursverwalter Flemming die Erklärung gegeben, daß er an seiner Person kein weiteres Interesse habe und die Bestimmung darüber dem Staatsanwalt überlassen müsse. Es handelt sich bei der Zurückführung nämlich um die Bezahlung der Kosten. (Ostsee-Ztg.)

Torgau, 30. October. Bei der heute hier stattgehabten anderweitigen Wahl eines Landtagsabgeordneten erhielt Rechtsanwalt Dr. Horwitz in Berlin (national-liberal) 176, dessen Gegenkandidat, Obertribunals-Vicepräsident Clauswitz in Berlin (neu-conservativ) 137 Stimmen. Somit ist der Erste gewählt. (W. T.)

Dresden, 30. Oct. Sitzung der zweiten Kammer. Berathung der Budgetvorlage. Der Minister v. Könneritz giebt eine übersichtliche Darlegung der Finanzlage des Landes. Nach derselben haben die Jahre 1874 und 1875 einen Überschuß von 9 Millionen ergeben, die Jahre 1876 und 1877 würden einen gleich hohen Ausfall ergeben. Der Minister erklärte, die Regierung werde die größte Sparsamkeit üben, um die Steuern wieder ermäßigen zu können. Abg. Dr. Krause behauptet, die ungünstige Lage der Finanzen sei durch den von der letzten Kammer bewilligten Ankauf der Privateisenbahnen herbeigeführt worden, welchen die damalige Regierung aus ungerechtfertigtem Misstrauen gegen das Reich beschlossen habe. Der Minister v. Nottitz-Wallwitz entgegnete hierauf, die Regierung bekenne sich vollständig zu der bisher befolgten Politik und werde dieselbe auch fernerhin befolgen. Die sächsische Regierung sei der Reichsregierung mit demselben Vertrauen entgegen gekommen, welches ihr von dieser entgegengebracht worden sei. Die Budgetvorlage wurde schließlich an die Finanzdeputation verwiesen. (W. T.)

Österreich-Ungarn.  
Besi, 30. Octbr. Abgeordnetenhaus. Der Finanzminister legte heute das Budget pro 1878 vor. Nach dem von dem Minister gegebenen Exposé beträgt neben den in den Jahren 1876 und 1877 gemachten Ersparnissen von 13 Millionen die Veränderung der Ausgaben pro 1878 weitere 3½ Millionen. Die Einnahmen sind im Ganzen 2½ Mill höher veranschlagt, das Deficit pro 1878 beträgt 15 600 000 Fl., wovon 8 900 000 Fl. auf Amortisierung von Staatschulden entfallen. Das eigentliche Deficit beträgt demnach nur 6 700 000 Fl., was gegenüber dem Jahre 1877 eine Besserung von 6 800 000 Fl. ergibt. — Die hier eingetroffenen österreichischen Minister haben bereits mehrere Conferenzen mit den ungarischen Ministern gehabt. Die österreichische Regierung steht auf dem Standpunkte des autonomen Zolltariffs. Die ungarische Regierung dürfte diesem Standpunkte nur gegen anderweitige Compensations-Concessionen machen. (Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Nachrichten vom Kriegsschauplatz.  
Das bereits im Auszuge mitgetheilte offizielle russische Telegramm aus Bogot, 29. Oct., über die Einnahme von Telisch lautet: Gestern umzingelten die Garde truppen unter General Gurko die befestigte türkische Position bei Telisch auf der haussigen Landstraße nach Sofia und eröffneten aus 72 Geschützen ein Bombardement auf dieselbe. Nachdem das Bombardement 2 Stunden fortgesetzt worden war, kapitulierte die aus sieben Tabor und Artillerie mit drei Geschützen unter Ismail Schaf Pascha bestehende Garnison und stieß die Waffen. Etwa 300 Mann gelang es, zu entfliehen, die übrigen, darunter der genannte Pascha und über 100 Offiziere, befinden sich vorläufig in einer Redoute bei Gorni Dubnit, werden aber freigelassen werden. Ismail Pascha hat es mit einigen Offizieren vorgezogen, in Gefangenschaft zu bleiben. An der Eroberung von Telisch nahmen Theil: Eine Brigade der zweiten und eine Brigade der dritten Garde-Infanterie-Division, die 2. Garde-Cavallerie-Division und die kaukasische Kosakenbrigade. Unser Verlust bei der Infanterie beträgt 1 Mann tot, 15 verwundet, von dem Leibgarde-Ulanen-Regiment, welches die feindliche Infanterie angriff, sind 6 Offiziere und gegen 50 Mann verwundet. Der Verlust der übrigen Truppenteile ist noch nicht bekannt, indeß jedenfalls unbedeutend.

Da sämtliche Zeitungsberichterstatter aus dem russischen Lager ausgewiesen sind, so giebt heute nur ein den "Daily News" von einem russischen Offizier — der am 26. d. von der Front zurückkehrte — zugegangen Bericht einige Aufklärung über die Lage bei Plewna. Es heißt darin: "Es ist falsch, daß es den Türken gelungen sei, kürzlich Vorräthe nach Plewna hineinzubringen. Seitdem General Gurko den Befehl über die Cavallerie übernommen hat, ist keine Zufuhr mehr dorthin gelangt. Die Einschließung Plewna's ist nun etwa seit einer Woche vollständig, d. h. eine Einschließung mit Hilfe der Infanterie. Sobald die Soldaten der Garde ankamen, nahmen sie ihre Stellung auf der russischen Linken, wo Skobelev mit der 16. Division steht, und setzten die Einschließungslinie über die Straße von Lovatz bis zu der nach Sofia fort, sowie weiter herum, in dem Grade wie die Truppen ankamen. Auf und nahe an dieser Straße sieht eine starke Abtheilung Infanterie und die Linie wird von hier bis zur rumänischen Medien von der russisch-zumäischen Cavallerie daher fortgesetzt. Die Einschließung ist daher vollständig, und aus der Art, wie sie gemacht worden, sowie daraus, daß so viel Infanterie in den Rücken von Plewna geschickt wurde, geht hervor, daß der russische Plan weiter ausschaut als nur daran, Osman Pascha zum Rückzug von Plewna zu zwingen. Handelte es sich bloß um Abschneiden der Vorräthe, so würde vielleicht

die Cavallerie unter Gurko genügt haben. Wahr ist es, daß er die Ankunft von Verstärkungen nicht hätte verhindern können, aber er hätte mit seiner Artillerie immer die Wagen zerstören können, die Pferde tödten, die Vorräthe zerstören können, selbst wo er sie nicht wegnehmen konnte. Infanterie war daher nicht durchaus notwendig auf der anderen Seite von Plewna, und daß eine so starke Macht dort hingeführt worden, scheint die Absicht der Russen zu bedeuten, Osman Pascha nicht nur auszuhängen, sondern ihm auch den Rückzug zu verlegen. Es ist unmöglich, genau anzugeben, auf wie lange Plewna versorgt ist, und wahrscheinlich wissen die Türken es selbst nicht; wenn aber die Vorräthe nicht für den ganzen Winter reichen, so wird Osman Pascha bald in einer höchst kritischen Lage sein, die einigermaßen der von Bazaine in Mex. ähnelt. — Die Russen erhalten jeden Tag Verstärkungen, und sie wollen offenbar Plewna mit einer Reihe von Belagerungswerken umgeben, wie die Deutschen es bei Paris thaten. Osman wird eben so viel Schwierigkeit beim Durchbruch finden wie Trochu bei Paris. Osman wird sich durchzubauen oder sich früher oder später zu ergeben haben. Da die Türken den ganzen Sommer hindurch Plewna haben versorgen können, so gäbe es keinen Grund, weshalb sie nicht bis zum Frühling genug haben sollten, es sei denn türkischer Mangel an Vorsicht."

\* Bukarest, 26. Oct. Der mißglückte Angriff der Rumänen auf die Redoute Plewnica (fort sanglant) ist noch immer das Hauptgespräch des Tages, und endlich sind auch zuverlässige Mittheilungen über den Hergang der Sache eingetroffen. Danach ist dieser letzte Angriff in folgender Weise verlaufen. Mittags 12 Uhr hatte man vier Bataillone, welche verschiedene Regimentern entnommen waren, in den Parallelen und Approachen zum Sturm bereit aufgestellt. Die vierte Parallelle war bis auf 20 Meter an die Redoute herangerückt, so daß der Angreifer diesmal den Vortheil genoß, keine größere Strecke Weges unter dem verheerenden Feuer des Gegners zurücklegen zu müssen. Auf ein gegebenes Zeichen brachen die Rumänen vor und gelangten auch ohne nennenswerthe Verluste bis an den Graben der feindlichen Redoute, in den sie rasch hineintrangen und in welchem sie gegen feindliches Feuer ziemlich gesichert waren. Das Hervorbrechen aus der Parallelle geschah nicht auf Ein Mal, sondern allmälig, da man nicht sämtliche zum Sturm bestimmte Mannschaften in der vierten Parallelle hatte unterbringen können, sondern diese erst nach einander durch die Approachen aus den dahinter liegenden Parallelen nachzog. Hierauf unternahm man den eigentlichen Sturm, d. h. die Truppen fletterten die Brustwehr in die Höhe und versuchten in das Innere der Redoute einzudringen. Doch dort erhielten sie von den in der Mitte der Redoute stehenden Türken das heftigste Feuer, während die vorderen Reihen derselben mit ihren vorgehaltenen Bajonetten eine undurchdringliche Phalanx bildeten. Sobald einer der Angreifer auf der Brustwehr erschien, war er ein Kind des Todes, und je mehr die Rumänen sich anstrengten, die Redoute zu forciren, desto größer wurde die Zahl der in dem Graben sich aufzuhauenden Leichen. Man scheint in diesem Augenblick nicht recht gewußt zu haben, was eigentlich thun, denn die Truppen sind noch eine ganze Zeit lang im Graben liegen geblieben, ohne einen Sturm zu wagen. Endlich, als man sah, daß dort doch nichts erreicht werden konnte, gab man den Befehl zum Rückzug, der auch in aller Ordnung aus dem Graben hinaus zur Parallelle bewerkstelligt wurde. Während des Sturmes hatten die Türken ver sucht, durch Detachierungen in die Flanken auf die im Graben liegenden Rumänen ein Flankensfeuer zu richten, doch scheint ihnen das nicht gelungen zu sein, da sonst wohl nur wenige Rumänen aus dem Graben zurückgekehrt wären. Eine türkische Abtheilung erhielt heftiges Feuer von der Infanterie in den Parallelen und der rumänischen Artillerie, welche in der eroberten Redoute von Griniza aufgestellt war, und scheinen hinlänglich zu thun gehabt zu haben, um sich dessen zu erwöhren. Hinzuzufügen bleibt noch, daß der Sturm durch ein heftiges Artilleriefeuer eingeleitet wurde und daß die Türken aus dem Fort Bokowa, mit welchem Plewnica durch Tranchen verbunden ist, fortwährend Verstärkungen erhielten, so daß die Zahl der Vertheidiger der Redoute stets etwa 1000 Mann betrug, da alle Verluste augeblich ergänzt wurden. Diese sollen nicht unbedeutend gewesen sein und werden von den Rumänen (wahrscheinlich übertrieben) gleich den ihrigen auf 1000 Mann geschätzt. Petersburg, 30. October. Offizielles Telegramm aus Bogot vom 28. October: Am 24. d. und durch 6 Colonnen Reconnoisungen der hinter dem Lom befindlichen feindlichen Stellungen unternommen worden, und zwar nach Bassarbowo, Jovan Tschiftlik, von Koschawa nach Kadiño, von Lobatschka nach Nissowa, von Kazelovo nach Stein und über Gerowitsch nach Konstanza. Bei Bassarbowo trafen unsere Truppen auf heftigen Widerstand, dagegen wurden bei Jovan Tschiftlik die türkischen Vorposten auf das rote Ufer des Lom zurückgedrängt. Bei diesem Gefechte fiel Prinz Leuchtenberg. Eine Kugel durchdrang nahe bei der Kofarde den Münzenrand und durchbohrte den Kopf des Prinzen. Der Tod trat sofort ein. Bei Koschawa überschritten unsere Truppen den Kara-Lom und besetzten das linke Ufer desselben, indem sie mit den Türken kleine Scharmüchel hatten. Hierbei explodierte in Gegenwart des Großfürsten Sergei Alexandrowitsch ein Munitionskasten, welcher von einem Granaten splitter getroffen war. Bei Nissowa wurden die türkischen Vorposten und die türkische Schürenkette zurückgedrängt. Bei Solenitsch wurden die türkischen Posten alarmiert, und während des ganzen Tages standen Pläneleien mit dem Feinde statt. Aus Berowza wurden die türkischen Posten heraus- und bis zum Dorf Kostan zurückgedrängt. Der Großfürst-Chronfolger beritt persönlich die Vorposten gegenüber der feindlichen Aufstellung. Sobald die Stärke der Aufstellung der Türken hinlänglich aufgelistet war, erhielten unsere Truppen Befehl, zurückzugehen. Unser gesamter Verlust bei diesen Reconnoisungen beträgt 4 Offiziere und 300 Mann, welcher sich hauptsächlich bei Bassarbowo, Jovan Tschiftlik und Koschawa zutrug.

Konstantinopel, 29. October. Der russische Pascha meldet aus Batum vom 26. d., die dort

stehenden Russen seien durch 4 Bataillone und mehrere Batterien verstärkt worden. — Ein Telegramm Mufti Paschas vom 27. d. besagt, die Russen hätten in dem 3 Stunden entfernten Asap ein Lager begonen. — Schevetz Pascha berichtet aus Orhanie vom 27. d., die Russen hätten Gradschnika angezündet, seien dabei aber von den Türken, welche 60 Mann Russen außer Gefecht gesetzt hätten, zurückgewiesen worden. Am 26. habe auf der Straße von Orhanie nach Plewna ein Zusammenschluß stattgefunden, Slatzkar sei von den Russen besiegt.

Konstantinopel, 29. Oct. Regierungszeitig werden folgende Melbungen verbreitet: Suleiman Pascha ist gestern nach Kasgrad zurückgekehrt, nachdem er die Garnison von Basardschik hat verstärkt und gegen die voraussichtlichen feindlichen Angriffe in der Dobrudja Vertheidigungswerke hat errichten lassen. In den um Kasgrad liegenden Ortschaften werden Cavallerievorposten organisiert. — Am Freitag haben die Vorposten von Rustschuk feindliche Angriffe zurückgewiesen. — Vom kleinasiatischen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Mufti Pascha, durch die Truppen Ismail Paschas verstärkt, verlegte sein Hauptquartier zwischen Kopriföli und Zewin und trifft Vorführungen, den Erzherren bedrohenden Feind aufzuhalten.

\* Aus Cettinje meldet die "Polit. Correspondenz" die Abreise des Fürsten Nikolaus nach Draljula und den bevorstehenden Wiederbeginn der montenegrinischen Operationen.

### Danzig, 31. October.

\* Von der preußisch-russischen Grenze sind wiederholt Klagen über das Verhalten der russischen Zollbeamten laut geworden, welche bei der Beleidigung der Zölle geplante Reisegoldmünzen, bei der Prüfung auf ihre Echtheit fast ganz unbrauchbar machen und nach Petersburg senden, von wo sie an die Eigentümer nicht zurückgelangen. Dieses ganz ungerechtfertigte Verfahren ist nunmehr dem auswärtigen Amte des Deutschen Reichs angezeigt worden, welches Bericht erfordert hat und hoffentlich schleunigst jenem Unfug ein Ziel setzen wird.

— Brand, Prem.-Bient. vom Füll.-Regt. No. 33, ist unter Belassung in dem Commando als Bureau-Chef und Bibliothekar bei der Kriegsschule in Hannover, das Inf.-Regt. No. 118, Hellwig, Sec.-Lt. von der Rieger des Gren.-Regts. No. 4, als Ref.-Offizier zum Inf.-Regt. No. 64 versetzt. Molzbis, Sec.-Lt. von der Landw.-Inf. des 2. Bats. Landw.-Regts. No. 45, zum Prem.-Lt. befördert.

— Die Bestimmung im Artikel 275 des Handelsgesetzbuchs, nach welcher Verträge über unbewegliche Sachen nicht als Handelsgeschäfte zu betrachten sind und deshalb auch unter Kaufleuten der schriftlichen Form bedürfen, findet nach einem Erkenntnis des Reichs-Oberhandelsgerichts, II. Senats, vom 8. Sept. 1877 auch auf gemischt Geschäft (über bewegliche und unbewegliche Sachen) Anwendung, wenn die Immobilien den Hauptgegenstand der Verträge ausmachen. Dagegen ist die Veränderung einer Handlung, auch wenn dazu Immobilien gehören, ein Handelsgeschäft. Ebenso ist eine Vereinigung unter Kaufleuten zur Vermittelung des An- und bezw. Verkaufs von Grundstücken ein Handelsgeschäft, weil nicht sowohl die Grundstücke, als vielmehr die Vermittelungsergebnisse und die Provisionen den Gegenstand der Vereinigung bilden. Andererseits aber ist eine Vereinigung von Kaufleuten zum speculative Aufkauf, bezw. Verkauf von Grundstücken und Theilung des Gewinnes kein Handelsgeschäft.

\* Es ist, wie der "B.C." wissen will, dieser Tage von Seiten des Ministeriums der Direction der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft ein neues Rescript in Bezug auf die Tagessordnung der außerordentlichen Generalversammlung vom 26. Novbr. angegangen. Die Direction ist ihrerseits über den Inhalt des Rescripts, der sich vor der Hand der Öffentlichkeit entzieht, in Berathung getreten.

\* Alle kaiserlichen Kassen sind in diesen Tagen angewiesen worden, die alten Ein- und Zweipfennigstücke, welche bei denselben eingehen, zu sammeln und in Paketen zu mindestens 4 A. an die General-Staatskasse zu liefern.

\* In der letzten Sitzung der polytechnischen Gesellschaft zu Posen wurden der "B.C." zufolge zum Antrich von Fußböden vornehmlich die allerdings nicht billigen, aber vorzüglichen Bernsteinlack-Fabrikate von Pfannenschmidt u. Krüger in Danzig empfohlen.

Gestern wurde der ehemalige Militärmusikmeister Wurst auf dem hiesigen Militärrathof beerdigt. Der Verstorbene, der sein 81. Jahr erreicht hatte, war 22½ Jahr — vom 1. October 1845 bis zur Verlegung der Anstalt nach Belonken i. J. 1868 Inspector des Kinder- und Waisenhauses, mit dem er auch nach Niederlegung seines Amtes noch in Verbindung blieb. Die Vorsteher der Anstalt, deren jetziger Inspector und 40 Jögglinge derselben unter Führung des Lehrers folgten der Leiche nach dem Grabe, wo die Leiterin Choräle sangen.

\* Unser Stadttheater, dessen Direction in diesem Jahre besonders rührig in Vorführung von Nobilitäten bringt uns morgen, Donnerstag, abermals eine solche, nämlich das Schauspiel "Dora" von dem geschwollenen Sardou, dem bedeutendsten französischen Dramatiker der Zeitzeit. Das Stück hat in Deutschland, so namentlich in Wien und neuerdings auch in Berlin (wohl ausführlich in dem Feuilleton unserer letzten Sonntagsnummer berichtet ist), einen außerordentlichen Erfolg erzielen. Da die Aufführung hier auf das sorgfältigste vorbereitet ist und die Hauptrollen sich in Händen der bewährtesten Kräfte unseres Schauspielpersonals befinden, so steht wohl auch bei uns eine rege Theilnahme seitens des Publikums zu erwarten.

\* Die Forstmeisterschule D. anzig-Meiningen ist dem zum Forstmeister beförderten bisherigen Oberförster Jacobi v. Wangen in Falkenberg verliehen worden.

\* Die am 26. d. Mts. beendete zweite Lehrerprüfung in Marienburg bestanden von 38 Examinierten nur 26. — Die Prüfung wurde collegialisch abgenommen.

\*\* [Polizeibericht vom 31. October.] Verhaftet: der Seefahrer G. wegen Haussiedenbruchs; der Flößer A. wegen Körperverletzung mit einem Messer; der Arbeiter S. und der Handlungsbüro D. wegen Diebstahl; der Arbeiter B. wegen Verbrennung der Arzttirur; der Arbeiter M. wegen Bedrohung mit einem Messer und Haussiedenbruch; der Commiss W. wegen Sachbeschädigung; 15 Obdachlose, 2 Bettler, 2 Dörnen, 3 Personen wegen groben Unfugs. — Gestohlen: der Frau T. ¼ A. Kantabak und eine Geldtasche, enthaltend 28 A. — Strafantrag ist gestellt gegen die Arbeiterfrau R. wegen Sachbeschädigung, obgleich gegen sie kein Verlust gegeben ist.

Königsberg, 30. Octbr. Um den Lehrermangel soviel als möglich zu vermindern, hat der Unterrichts-Minister gestattet, daß Lehrerinnen auch in gemischten Unterlassen, die also von Knaben und Mädchen besucht werden, Unterricht erteilen können. Bisher durften sie nur an Unterlassen der Mädchenschulen beschäftigt werden. Es können somit auch Lehrerinnen an ländlichen Volksschulen Anstellung finden. Ob die jungen Damen

meint die "Lehrerzeitung" — sich besonders um solche Stellen bemühen werden, ist eine andere Frage; denn die Aussicht, auf einem einsam gelegenen Dörfe, abgeschnitten von Allem, was das Leben schöpft und genügt macht, bei einem Einkommen von 500—540 M. zu versauen, dürfte nicht besonders verlockend sein. — Zu der eine volle Woche währenden hiesigen Lehrerinnen-Prüfung hatten sich 60 Damen gemeldet, von denen zwei das Examen als Schulvorsteherinnen machen wollten. Alle Bewerberinnen, mit Ausnahme von zweien, bestanden die Prüfung. — Wie der "A. & B. Ztg." mitgetheilt wird, will es Dr. Becker-Palmnicken in der Ostsee mit einer Außernutzung verlängern. Er hat zu dem Behufe von einem Freunde aus Holland 2500 Astern zugeschickt erhalten, die er durch seine Bernstein-taucher in vergangener Woche bereits in durchlassenden Rästen in die See hat versenken lassen.

Bromberg, 30. October. Der Bromberger Schiffahrts-Canal wird wegen der vorzunehmenden Räumung desselben und wegen des Neubaus von Schleusenhöfen vom 1. Dezember 1877 bis 31. März 1878 für den Schiffahrts- und Flößerei-Verkehr gesperrt sein.

### Vermischtes.

Berlin, 30. Octbr. Der General-Feldmarschall Graf v. Wrangel hat in der vergangenen Nacht unruhig geschlafen. Das Bestinden derselben zeigt gegen gegenwärtige Veränderungen.

### Förster-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Förster-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 30. October. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine flau. — Roggen loco und auf Termine ruhig. — Weizen 20 April-Mai 1000 Kilo 211 Br., 210 Gd., Roggen 20 April-Mai 1000 Kilo 150 Br., 149 Gd., Hafer flau. — Gerste fest. — Rübbel ruhig. — 200 G 77½. — Spirits flau. — 200 G 42½. — 200 G 200 Liter 100 A. 41½. — Kaffee beplant, Umsatz 2000 Sac. — Petroleum flau, Standard white loco 12,40 Br., 12,10 Gd., 200 G 12,10 Gd., 200 G 12,00 Gd. — Weizen 12,80, 200 G 12,60. — Butter: Schrub 12,80, 200 G 12,60. — Bremen, 30. Octbr. (Schlußbericht) Petroleum fest. Standard white loco 12,60, 200 G 12,40. — Frankfurt a. M. 30. Octbr. Effecten-Societät. Creditation 179%, Franzosen 221%, 1860er Loosse 104, Galizier 210%, Goldrente 63%. — Still.

### Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 31. October. Weizen loco flau, 20 Tonnen von 2000<sup>2</sup> feste 180 124 240-260 A. Br. feste 128 131 230-245 A. Br. hochbunt . . . 127 130 225-240 A. Br. bunt . . . 125-128 215-225 A. Br. 196-250 rot . . . 120 1

Der diesjährige Ausverkauf enthält:

# Schwarze und couleurte Seidenstoffe, reinwoll. Cachemires u. Cachemires des Indes, reinwollene Velours, Neiges und Plaids, helle elegante Stoffe für Gesellschaftsroben, halbwollene Kleiderstoffe

in großen Sortimenten zu bedeutend ermäßigten Preisen.

H. M. Herrmann.

Morgen Donnerstag, den 1. November, beginnt bei uns

## der Ausverkauf von zurückgesetzten Kleiderstoffen

jeder Art, von Paletots, Filz- und Moor-Röcken und anderen Artikeln.  
Mix cord 60—70 Pf. pro Meter, Woll-Rippe 1—1,20 Mrf. pro Meter,  
Schwarz-Seiden-Rips 3 Mrf. 50 Pf. pro Meter.

F. W. Faltin & Co. Nachfolger, Langgasse No. 13.

Gestern Abend 7 Uhr wurde meine liebe Frau Marie geb. Reinus von einem kräftigen Angriff schwer betroffen. Dieses allen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Melbung.

J. Bothe,  
Capellmeister im Westfälischen Fuß.-Regt.  
Nr. 37 in Posen. 8354

Mustalien-Leihinstitut  
und  
Bücher-Leihbibliothek  
zu günstigen Bedingungen bei  
Hermann Lau,  
Langgasse No. 74. (8360)

Einem hiesigen wie auswärtigen Publikum  
zur Nachricht, daß ich alte wie neue  
Decken und Sparherde mit vortheilhafter  
Einrichtung seze, sowie jede in meinem  
Fache vor kommende Reparatur aufs billigste  
ausführe. Hochachtungsvoll  
A. Schelinski, Töpfermeister,  
8070 Altes Hofs 2.

1200 Mark

sind im Ganzen oder getheilt auf eine  
sichere Hypothek zu begeben. Bitte Offerte  
unter Nr. 8358 an die Exped. d. Zeitung  
zu richten.

Geschnittene Bambölzer  
in allen Dimensionen und passenden Längen,  
sowie alle Sorten Bohlen und Dielen  
sind billig zu haben bei  
J. C. Sulewski, Feldweg Nr. 1.

Ein Lehrling mit guter Handschrift  
wird gegen Remuneration fürs  
Comtoir geführt. Selbstgezeichnete  
Abl. u. 8386 in der Exp. d. Ztg. erh.

Den Abschluß der Handlungsbücher,  
sowie Führung derselben besorgt in  
seinen freien Stunden ein routiniertes  
Buchhalter.

Discretion Ehrensache. Abl. unter 8384  
in der Exp. d. Ztg. erbeten.

Agenturen  
jeden Faches, werden von einem lautions-  
fähigen Kaufmann geführt. Abl. wird. unt.  
8366 i. d. Exp. d. Ztg. erh.

Turn- u. Fecht-Berein.

Donnerstag, d. 1. November c. Abends  
7½ Uhr Vortrag von Herrn Dr. Fr. v.  
Weissenbach aus Nürnberg über die Tech-  
nik der verbißtigenden Künste (Holzschnitt,  
Kupferstich, Lithographie und Photographie)  
nebst Ausstellung von 12 daraus bezüglichen  
Cartens. Vorher Bibliothekssunde.

Der Vorstand. (8274)

Gewerbe-Berein.  
Donnerstag, d. 1. November c. Abends  
7½ Uhr Vortrag von Herrn Dr. Fr. v.  
Weissenbach aus Nürnberg über die Tech-  
nik der verbißtigenden Künste (Holzschnitt,  
Kupferstich, Lithographie und Photographie)  
nebst Ausstellung von 12 daraus bezüglichen  
Cartens. Vorher Bibliothekssunde.

Der Vorstand. (8274)

Mittagstisch u. Abendbrot  
in und außer dem Abonnement von 50 Pf.  
an, wird in und außer dem Hause ver-  
abholgt. Heilige Geistgasse 98 im Bie-  
nenhof. (8341)

P. Gurka.

Heute: Königsberger  
Rinderfleß.  
Julius Frank,  
Brodbänkengasse 44.

## W. Jantzen

empfiehlt zum Weihnachts-Ausverkauf, welcher am 1. November beginnt, nachstehend verzeichnete, im Preise bedeutend herabgesetzte Waaren:

Eine Partie Jaconnets, ächtfarbig, in kleinen niedlichen Mustern, besonders für Kinderkleider geeignet, 50 und 50 Pf. pro Meter,  
Organdys, ächtfarbig, in eleganten Dessins, 75 und 80 Pf. pr. Meter,  
Madapolams und Toiles de Mulhouse, 60 Pf. pr. Meter,  
Barèges in hellen und dunklen Farben, 75, 80, 90 Pf. pr. Meter,  
Mohairs (ächtfarbig), gestreift und à bordure, 75 und 90 Pf. pr. Meter,  
halbwollener Beiges in dunklen Farbtönen, 75 und 90 Pf. pr. Meter,  
halbwoll., dunkelfarbig gestreifter & car. Panamas, 60 u. 70 Pf.,  
halbwollener car. Tartans in blau-, grün- und rothschottischen Mustern, 75 Pf.,  
reinwollener do. do. do. do. 1 Mrf. 50 Pf.,  
reinwollener Beiges in schwerer Qualität, 1 Mrf. 50 Pf. pr. Meter,  
reinwollener, ganz schwerer einfarbiger Rippe, 1—1,50 Mrf. pr. Mrf.,  
Sultans, hellfarbig, zu Gesellschaftsroben, 1 Mrf. bis 2 Mrf. pr. Meter,  
klarer Tunique-Stoffe,  
heller und dunkler gestreifter Seidenstoffe, 1 Mrf. 80 bis 2 Mrf. 50,  
schwerer, glatter Seidenstoffe in kleinen und größeren Coupons,  
diverse feine französische Robenstoffe in kleinen Coupons zu sehr billigen Preisen.

Im Saale des Schützenhauses

Mittwoch, den 31. Octbr., und Donnerstag, d. 1. Novbr.,  
Abends 7 Uhr:

zweites, drittes und letztes

## Parlow-Concert

mit dem aus 60 Künstlern bestehenden Streicherorchester unter  
Leitung des Königl. Musikdirector Herrn Alb. Parlow.

Numerierte Sitzeplätze à 2 M., à 1 M. 50 Pf. und Stehplätze à 1 M. bei  
F. A. Weber, Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung, Langgasse No. 78. (8381)

### Permanente Ausstellung vorzüglichster Gemälde in Oelfarbendruck.

Die neuesten Reproduktionen berühmter Künstler in reichster Auswahl stets  
nur zu allerbilligst gestellten Preisen. Grosse Oelprucke (78 × 55 Ctm.) von nur  
6 M. ab.

Carl Müller, Jopengasse No. 25.

## Neue Ankünfte

von für die Winter-Saison bestimmten

### Wiener und Prager Schuhwaaren

als: wasserdichte Damenstiefel mit Doppelsohlen, Ballenschuhe, Promenadenstiefel, Filzstiefel und Lassingsstiefel mit u. ohne Flanellsfutter.  
Für Herren: Reit- und Jagdstiefel aus englischem Rind-  
russischen Zuchtedleder. Weimar'sche Jagdstiefel.  
Kinderstiefel jeder Art in allen Größen.

### Wiener Schuhwaaren-Depot

Brodbänken- W. Stechern Brodbänken-  
gasse 48. gasse 48.

Eine größere Partie minder eleganter Schuhwaaren habe ich zu bedeutend  
herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf gestellt. (8362)

Petroleum-Gebinde von Hesse'scher Gesangverein.

Theater Hente und morgen, präcise 1/2 Uhr Abls.,  
Übungslunde zum Stiftungsfeste Jopen-  
gasse 24 I. (8355)

Restaurant J. Martens

Brodbänkengasse 31.  
Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr bei  
3 Gängen à Convent 50 Pf., Abend-  
brot von 7 bis 9 Uhr à Convent  
35 Pf. (8209)

Im Abonnement 80 Pf.

Erstes

## Sinfonie-Concert.

Sonnabend, den 3. November er,  
Abends 7 Uhr,

im

## Apollo-Saale

des Hotel du Nord  
unter gefälliger Mitwirkung d. Opernsängers  
Herrn Martin.

Beethoven, op. 115. Ouverture. C-dur.  
Brahms, op. 11. Serenade. D-dur.  
Wagner, Wotan's Abschied und Feuer-  
zauber aus Walküre, gesungen von  
Herrn Martin.  
Goldmark, Ländliche Sinfonie.

Abonnements-Preise für 4 Concerte:  
Saal 10 M., Balkon 9 M.

Einzelpreise: Saal 3 M., Balkon  
2,50 M., Stehplätze 1,50 M., Schüler-  
Billette 1 M.

Constantin Ziemssen,

7664) Musikalien-Handlung.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 1. Novbr. (2. Abonn. No. 17).

Dora. Schauspiel in 5 Acten von  
Victorien Sardou.

Freitag, den 2. Novbr. (2. Abonn. No. 18).

Die Jüdin. Oper in 4 Acten von

Scribe, Musik von Halevy.

Sonnabend, d. 3. November. (Abonn. susp.)

Zu halben Preisen: Viel Lärme  
um Nichts. Lustspiel in 3 Acten von

Shakespeare nach der Holzfeischen  
Bearbeitung.

Wilhelm-Theater.

Langgarten 31.

Donnerstag, d. 1. November 1877: Große  
brillante Vorstellung. Auftritt des ge-  
samten Schauspiel-Sänger-, Tänzer-  
und Künstler-Personals.

Am 2. November: Erstes Auftritt der

Chansonneur-Sängerin Fr. Eliot.

Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Tages-Billet-Bericht von 11 bis 1 Uhr

im Wilhelm-Theater.

Die Direction.

Fröbel - Lehrerinnen - Seminar-Lotterie,

Ziehung Mitte December er. in Berlin,

Loose à 3 M.

Dombau-Lotterie, Hauptgewinn M. 75,000.

Loose à M. 3.

Dombau Loose sind bei der General-

Agentur in Köln bereits gänzlich vergriffen

und werden nur noch kurze Zeit, so weit

mein geringer Vorrath reicht, zum Original-

preise von 3 M. abgegeben.

8389) Th. Berling, Gerberg. 2.

## Oswald.

Teltower Rübchen

empfiehlt

Albert Meck, Heiligegeist-  
gasse 29.

15000 Thlr. à 6 % auf Wechsel mit

Hypothekenpfand, in getheilten

Summen zu hab. Heiligegeistg. 112 im Bureau.

Berantwortlicher Redakteur H. Röckner,

Druck und Verlag von A. W. Käsemann

in Danzig.

Gieza eine Beilage

# Beilage zu No. 10630 der Danziger Zeitung.

Danzig, 31. October 1877.

## Österreich-Ungarn.

Wien, 29. October. Zwischen den beiden Reichshälfte ist eine neue Differenz in Sicht. Ungarische Behörden haben von einer österreichischen Walzwerksgesellschaft nach Rumänien abgeschickte Eisenbahnschienen mit Beschriftung belegt und schließlich nur die Rücksendung nach Wien gestattet. Dieses Vorgehen veranlaßte den Abg. Baron Bischof zu einer Interpellation im Wiener Unterhause. Baron Bischof wies darauf hin, daß ein allgemein gütiges Verbot der Ausfuhr von Eisenbahnmaterial aus Österreich-Ungarn nach Rumänien nicht existiere, und die ungarische Regierung zu einem einseitigen Erlassen des Verbotes nicht competent sei. Man habe es mithin mit einem Willküracte ungarischer Behörden zu thun, und Interpellant frage die Regierung, ob sie Willens sei, mit aller Entschiedenheit und Dringlichkeit nicht nur die schleunige Zulassung der erwähnten, von den ungarischen Regierungsbehörden aufgehaltenen WaarenSendungen zum freien Verkehr über die rumänische Grenze zu erwirken, sondern auch im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung und dem Ministerium des Neuzerns dafür Sorge zu tragen, daß ähnliche Willküracte für die Zukunft hintangehalten werden. Endlich fragte Baron Bischof, ob die diesseitige Regierung vielleicht schon Schritte und mit welchem Erfolge gethan habe. Leicht wird der Erfolg dem diesseitigen Gabinete nicht werden. Wird doch heute gemeldet, daß die ungarische Regierung 300 Eisenbahnarbeiter, welche mit den bewußten Schienen die Fahrt nach Rumänien angetreten hatten, angehalten und per Schub zurückbefördern ließ.

## Schweiz.

Bern, 29. October. Die Urner Landgemeinde hat die Fortbezahlung der Gotthardbahn-Subvention bewilligt, jedoch unter der Bedingung, daß die von dem Canton gezeichnete Million Francs das Maximum der Leistungen derselben bleibe.

## Frankreich.

Paris, 28. Oct. Einen halb komischen Zwischenfall in dem Getriebe der letzten Tage bildet die Candidatur Numale, welche plötzlich die Spitzen ihrer Führländer hervorstreckte, aber nur um sie, für den Augenblick wenigstens, schleunig wieder zurückzuziehen. Nachdem der "Soleil" und die Brüsseler "Etoile" ihre bekannte Schwungentwicklung gemacht, tauchte man weiß nicht recht woher, der Gedanke auf, wenn Mac Mahon seinen Abschied nähme, so würde der Herzog von Numale als General, Conservativer und Republikaner jüngsten Datums ganz der geeignete Mann sein, die Präsidentschaft der Republik zu übernehmen. Möglicher ist schon, daß irgend Jemand ernstlich geglaubt hat, dem Herzog einen Vorschub zu leisten, indem er diesen Gedanken in die Zeitungen brachte; aber die Folge davon ist: Bonapartisten und Legitimisten sind die Ersten, welche gegen ihren Bundesgenossen vom Hause Orleans protestieren; die Republikaner geben sich gar nicht die Mühe, den Gedanken der Numale'schen Präsidentschaft abzuweisen. In der That, es bedarf keiner langen Rechnung, um zu sehen, daß der Herzog, wenn er als Kandidat vor die vereinigten Kammern trate, 420 Republikaner, 120 Bonapartisten und auch etwa noch 60 Royalisten gegen sich haben würde. So ist denn die Numale'sche Candidatur nach kaum zweitägigem Bestehen sofort in Nichts zurückgesunken, und sie hält nur noch in den bonapartistischen Blättern nach, welche über die heimlichen Herrschaftsglüste der Orleanisten erbauliche Beobachtungen anstellen. de Fourtou oder seine Präsidenten haben den "Soleil" in der Provinz wie ein republikanisches Blatt verboten. — Die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag zwischen England und Frankreich sollen im November wieder aufgenommen werden.

— 29. October. Die geistige Berathung der Fraktion vorstände der Linken des Senats und der aufgelösten Deputirtenkammer hat zu keinem Resultat geführt, weil die meisten der zur Berathung erwarteten Deputirten abwesend waren. Der "Moniteur" will wissen, daß bei der stattgehabten Besprechung sich, abgesehen von den Mitgliedern der äußersten Linien, günstige Ansichten für eine versöhnliche Politik geltend gemacht hätten. — Der Herzog v. Broglie hat sich abermals nach dem Département de l'Eure begeben, wo die Bonapartisten gegen ihn einen Kandidaten für die Generalthatswahl aufgestellt haben. — Sämtliche Minister haben heute Abend dem Diner in der amerikanischen Gesellschaft zu Ehren Grant's beigewohnt. Nach dem Diner fand ein zahlreich besuchter Empfang statt, bei welchem auch die meisten Mitglieder des diplomatischen Corps erschienen.

## Italien.

Rom, 29. Oct. Der Papst ist gestern von einer mehrstündigen Ohnmacht besessen worden.

\* Der Zusammentritt des italienischen Parlaments wird am 13. November erfolgen. Man erwartet keinen andern Ministerwechsel, als den Eintritt Crispis in die Regierung. Mit demselben soll ein Defensivbündnis (gegen Frankreich) zwischen Deutschland, Österreich und Italien, sowie auch für die Lösung der orientalischen Frage in Verbindung stehen. Doch alles dies sind noch bloße Gerüchte. — Dem Pater Curci ist zum letzten und entscheidenden Male die Alternative gestellt worden, entweder förmlich zu erklären, daß er sich künftig in allen Neuheiten über Kirchenpolitik enthalten will, oder aus dem Jesuitenorden ausgestoßen zu werden. Der Pater ist fest entschlossen, lieber aus dem Orden und aus dem Leben zu scheiden, als sich mundtot zu erklären. — Professor Mommsen studirt zur Zeit die Inschriften auf der Insel Sardinien und hat in Cagliari sich einer sympathischen Aufnahme zu erfreuen gehabt. Der Präfekt gab ihm zu Ehren ein Diner, bei welchem der Rector der Universität und andere Gelehrte, einige Senatoren und Deputirte zugegen waren.

## England.

— Die Universität Cambridge hat beschlossen Charles Darwin, der 1827 in Christ's College eintrat, den Titel eines Doctors der Rechte hon. c. zu erhalten. — Mr. Baird — so wird der "Morning Post" aus Petersburg geschrieben — der zu einer Woche Gefängnis verurteilte Engländer, welcher in einem dortigen Restaurant auf das Wohl der türkischen Waffen trank und behauptete, er könne als echter Brit seine Meinung überall frei aussprechen, hat keine Berufung eingelegt, sondern sich der Strafe unterzogen. Nach Verlassen des Gefängnisses erhielt er von der Regierung den Befehl, unverzüglich das Land zu verlassen.

## Russland.

— Krakauer Blätter melden: Aus Russisch-Polen ist eine beträchtliche Anzahl Sträflinge zum Eisenbahnbau nach Rumänien befördert worden. Während des Transportes sind viele defektirt, jedoch einige an der Grenze wieder festgenommen worden. Der desolate Zustand der täglich ankommenden Verwundeten hat in Congres-Polen große Misströmung hervorgerufen.

## Türkei.

\* Der frühere, mit Midhat Pascha befreundete türkische Botschafter in Wien, Aleko Pascha (sein griechischer Name ist Fürst Vogowides), ist, wie man der „A. B.“ aus Konstantinopel vom 24. Oktober meldet, aller seiner Orden und Titel für verlustig erklärt worden. Der jetzige Großvezier Edhem Pascha ist sein persönlicher Feind und ließ ihn schon in Wien von Spähern überwachen. Als Aleko nach Konstantinopel zurückberufen wurde, folgte er dem Rufe nicht, weil er dort noch Schlimmeres für sich befürchtete, sondern ging nach Paris.

## Rumänien.

\* Die "Polit. Correspondenz" veröffentlicht eine offizielle rumänische Depesche aus Bukarest, 30. Oct., welche den von der ausländischen Presse verbreiteten Mittheilungen gegenüber die Gesundheit der regierenden Fürstin von Rumänien trotz der größten durch die Pflege der Blessuren verursachten Mühseligkeiten als vortrefflich bezeichnet.

## Amerika.

New York, 29. Oct. Stoughton ist zum Gouverneur der Union in Petersburg ernannt worden. Wie die hiesigen Blätter aus Japan melden, bestände England darauf, an allen Vortheilen, die Japan aus der Gründung von Korea erwünschen, teilzunehmen. Diese Forderung Englands werde von Japan abgelehnt und Russland habe zugesichert, die Weigerung Japans zu unterstützen, falls Japan den Anspruch auf einen Hafen im Norden aufgebe und statt dessen einen südlich gelegenen Hafen wähle. (W. T.)

Havanna, 28. Oct. Von den Aufständischen sind ferner ein General, mehrere Obersten, 5 Capitäns und 125 Mann in die Hände der Regierungstruppen gefallen. (W. T.)

Unterm 6. October wird aus Havana über die Lage in Cuba geschrieben: In Betreff der angeblichen Friedens-Verhandlungen zwischen den Spaniern und Insurgenten verlautet nichts Bestimmtes. Sämtliche Nachrichten aus dem Innern der Insel stimmen darin überein, daß unter den Insurgenten Entmutigung herrscht. Während der letzten Woche haben 104 Insurgenten die Waffen gestreckt. Es wird gemeldet, daß General Prendergast sich von Santiago de Cuba nach Manzanilla begeben hat, um wegen Unterwerfung von 500 Insurgenten, größtentheils Offizieren, Unterhandlungen zu eröffnen. Die Umgebung von Manzanilla war der Mittelpunkt der Insurrection. Mittlerweile ist bekanntlich das Haupt der Insurgenten gefangen worden.

## Afrika.

\* Im englischen Südafrika ist es im September, wie aus der Kapstadt am 2. d. Mts. gemeldet wird, zu einem Kaffern-Aufstande gekommen und zwar waren die Kaffern vom Stamm der Galeka, welche sich in der Landschaft zwischen den Flüssen Kei und Baschi zusammenrotteten, 8000 Mann stark. Sie wurden zwar von 200 Europäern und 2000 Jengos zurückgeschlagen, wobei Artillerie und Raketen von besonderer Wirksamkeit waren, doch war der Aufstand beim Abgang der Post noch nicht niedergeschlagen, und es rückten aus der Kapstadt und anderen Garnisonen Truppen zur Bekämpfung derselben aus. Man hoffte, daß der Aufstand lokalisiert bleiben werde und sich andere Stämme derselben nicht anschließen.

## Nemisches.

Berlin. Dem Gedächtnis Wilhelm Stolzes, des Meisters der Stenographie, galt eine Feier, welche die Jünger derselben am Sonntag Vormittag auf dem Kirchhofe der Domgemeinde veranstaltet hatten. Das Denkmal ist jetzt vollendet worden und diesem Abschluß galt die Feier. Die nächste Umgebung des Denkmals ist in einen Blumengarten verwandelt, der durch ein geschmackvolles Gitter eingefriedet ist, während eine künstlerisch gearbeitete Marmorbank zum Sitzen einlädt. Um 11 Uhr sammelte sich eine große Anzahl von Jüngern der Stolze'schen Kunst, die Vorsteher der drei parlamentarischen Stenographen-Büros zu, um das Denkmal, das mit frischen Palmen und Lorbeerfränen geschmückt war. Dann hielt Dr. Michaelis eine kurze Ansprache, in welcher er ein Bild des Verewigten entwarf, sein Werk als ein hoch hervorragendes Denkmal menschlichen Schaffens und einen bedeutenden Fortschritt für unsere gelämmten Culturverhältnisse feierte und die Jünger Stolze's aufforderte, das Werk des Meisters in ernster Arbeit in seinem Sinne fortzubilden. — Der Gesang „Nun danket alle Gott“ beendete die sinnige Feier.

— Die Nachricht von dem räthselhaften Verschwinden des Kreisgerichtsrath Benno Schulze hat sich, wie wir mit Beleidigung melden können, als eine unbegründete beratschlagt, indem Dr. Schulze, der mit vorchristlichmäßiger Urlaub seinem Dienst fern geblieben war, sich gestern früh zur Wiederannahme einer Geschäftskarte im Generalbureau des Kreisgerichts hierfür angemeldet hat.

— Aus Glogau wird der „Schl. Btg.“ berichtet, daß in dem Garten des Reuters H. zu Rauschwitz an mehreren Weinböden die Rebblätter gefunden sei.

Die Städte sind im vorigen Frühjahr aus einer Gärtnerei in Erfurt bezogen worden. Dem Reichsfanzeramt ist davon Anzeige gemacht worden.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Amsterdam, 30. Octbr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen 28. März 319. — Roggen 28. März 190. Rübbel 28. Mai 43½.

Wien, 30. Oct. (Schlusscourse.) Papierrente 63,90 Silbern 66,90, Goldrente 74,20, 1854r Loope 66,50, 1860er Loope 110,20, 1864er Loope 133,20, Creditiloope 162,00, Ungar. Prämienloope 78,70, Creditactien 212,20, Franzosen 25,25, Lomb. Eisenbahn 72,25, Galizier 245,50, Kaiser-Oderberg 105,50, Pardub. —, Novemb. 110,50, Elisabethbahn 169,00, Nordbahn 1915,00, Nationalbank 830,00, Türkische Loope 14,40, Unionbank 62,50, Anglo-Austria 92,75, Berliner Wechsel 57,55, Londoner do. 118,20, Hamburger do. 57,55, Pariser do. 17,35, Frankfurter do. 57,55, Amsterdamer do. 98,25, Napoleon 9,48½, Oulatier 5,64, Silvercoupons 104,40, Marloten 58,37½.

London, 30. Octbr. [Schluss-Course.] Consols 96,50, 5 A. Italiensche Rente 71,50, Lombard 6,50, 3 A. Lombarden-Prioritäten alte 9½%.

Lomb. Priorität, neue 9,5% Russen de 1871 76, 5% Russen de 1872 75,5%, Silber 54,5%, Türkische Anleihe de 1865 10, 5% Türken de 1869 10,5%, Vereinigte Staaten 5 A. fundire 106,5%, Österreichische Silberrente 57, Österreichische Papierrente 55, 5% ungar. Schatzbonds 95,5%, 5% ungarische Schatzbonds 2. Emmission 86,5%, 5% Peruaner 13,5%, Spanier 12,5%, 5% Russen de 1873 77,5%, Pfandschuld 2½% in die Bank fließen hente 119,00 Pfd. Sterl.

Liverpool, 30. October. (Schlussbericht.) Baumwolle 1000 Kilo, davon für Speculation und Export 1000 B. — Billiger, auf Zeit stan.

Amerikaner aus irgend einem Hafen neue Ernte Dezember-Jänner Lieferung 67/82.

Liverpool, 30. October. [Getreidemarkt.] Weizen, rothe 1—2d, Weiß 6d — 1s billiger, Mais 3d thaurer. — Wetter: Trübe.

Paris, 30. October. (Schlussbericht.) 3 A. Rente 70,45, Anleihe de 1872 106,72½, Italiensche 5% Rente 71,65, Österreich. Goldrente 63, Italiensche Tabak-Obligationen —, Franzosen 53,75, Lombardische Eisenbahn - Aktien 163,75, Lombardische Prioritäten 228,00, Türken de 1865 10,5%, Türken de 1869 48,00, Türkische 31,25, Credit mobilier 152, Spanier exter. 12,5%, do. inter. 11,5%, Suezcanal-Aktien 69, Banque ottomane 361, Société générale 470, Credit foncier 650, neue Egypter 168 Wechsel auf London 25,16½, — Matt.

Paris, 30. October. [Producentenmarkt.] Weizen behpt., 28. Oct. 32,50, 28. Novbr. 32,25, 28. Nov. 32,25, 28. Febr. 32,25, 28. Oct. 70,00, 28. Nov. 69,50, 28. Februar 69,50, 28. Jan.-April 69,50, Rübbel ruhig, 28. Octbr. 100,75, 28. Novbr. 100,50, 28. Decbr. 101,25, 28. Januar-April 101,75, Spiritus weichend, 28. Octbr. 58,50, 28. Jan.-April 59,75.

Petersburg, 30. Octbr. (Schlusscourse.) Londoner Wechsel 23 1/2, Hamburger Wechsel 3 Mon. 200, Amsterdamer Wechsel 3 Mon. 117,5%.

Pariser Wechsel 3 Monat 244,5%, 1864er Prämien-Anleihe (gepl.) 211, 1866er Prämien-Anl. (gepl.) 208, 1½-Imperial 8,40, Große russische Eisenbahn 226, Russische Bodencredit - Pfandbriefe 115, Producentenmarkt. Talg loco 62,00, Weizen loco 17,00, Roggen loco 8,75, Hafer loco 5,20, Hans loco 10, — Leinsaat (9蒲) loco 18,00, Wetter: Veränderlich.

Paris, 30. October. (Schlussbericht.) Weizen auf 2000 Kilo 23 1/2, Hamburger Wechsel auf 2000 Kilo 23 1/2, 1864er Prämien-Anleihe (gepl.) 211, 1866er Prämien-Anl. (gepl.) 208, 1½-Imperial 8,40, Große russische Eisenbahn 226, Russische Bodencredit - Pfandbriefe 115, Producentenmarkt. Talg loco 62,00, Weizen loco 17,00, Roggen loco 8,75, Hafer loco 5,20, Hans loco 10, — Leinsaat (9蒲) loco 18,00, Wetter: Veränderlich.

New York, 29. Octbr. (Schlusscourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 C., Goldagio 2%, 5/20 Bonds 28. 1885 —, do. 5% fundire 107,5%, 5/20 Bonds 28. 1887 108, Griebahn 13 1/2, Central-Pacific 106, Newyork Centralbahn 107, Höchste Notirung des Goldagios 2%, niedrigste 2%. — Warenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 10 1/2, Mehl 5 D. 50 C., Röther Winterweizen 1 D. 42 C., Mais (old mixed) 62 C., Zucker (fair refining Muscovado) 8, Kaffee (Rio) 18 1/2, Schmalz (Marke Wilcox) 9 1/2 C., Speck (short clear) 8 1/2 C. Getreidefracht 7.

## Productenmärkte.

Königsberg, 30. Octbr. (v. Portafusius & Groß.)

Weizen 28. 110 Kilo böhmunter 123,47 197,75, 124,57 192,75 A. bez., böhm. hunder 124,78 183,50 A. bez., röther 120,18 176,50, 127,20 204,50, 125,67 190,50, 202,25 russ. 118,97 und 123,78 150,50, 119,72 160, 121,78 162,25, 122,78 164,75, 123,47 174, 123,78 176,50, 129,78 183,50, 126,78 und 128,78 190,50, 127,20 185,75, 128,78 193, 181,78 200, 132,78 205, A. bez., Br. 28. 125,78 143 A. bez., fremder 113,78 117,50, 114,78 118,75, 115,68 119, 116,78 121,25, 118,78 125 A. bez., 126,25 120,78 130 A. bez., Octbr. 130 A. Br., 128 A. Gd., Frühjahr 133 A. Br., 131 A. Gd., — Gerste 28. 1000 Kilo große 145,75, 161,50, 165,75, 168,50, russ. 131,25, 137, 145,50, 157, 165,75 A. bez., kleine russ. 125,75, 131,50 A. bez., Hafer 28. 1000 Kilo 120, russ. 96, 98, 100 A. bez., Erben 28. 1000 Kilo weiße 135,50, 140 A. bez., graue 173,25, 186,50 A. bez., grüne 164,50, 173,25 A. bez., Bohn. 28. 1000 Kilo 128,75 A. bez., — Widen 28. 1000 Kilo 100, 106,50, 113,25 A. bez., — Leinfaat 28. 1000 Kilo mittel 191,25 A. bez., — Spiritus 28. 10000 Liter pfd. ohne Fes. in Posten von 5000 Liter und darüber, loco 49,4% A. bez., October 49,4% A. bez., Novbr. 49,4% A. Br., 49 A. Gd., Dezbr. 49 A. Br., 48,4% A. Gd., Octbr.-März 49,4% A. Gd., Frühjahr 5

